Groß-Berlin: Freitag, 13. Juni, in allen Unterbezirken Mitglieder-Versammlungen

in der Richtung eines engeren Zusammenwirkens zwischen den beiden Diktaturstaaten Rußland und Italien entwickeln könnte."

Womit gesagt ist, für den der lesen kann: Die englische Arbeiterregierung, die die „Atmosphäre reinigen" zu wollen vorgab, hat vielleicht noch kurze Zeit, sich mit ihrem Pazifismus, so gut sie es vermag, zu blamieren. Doch letzten Endes gehen eben die Wirtschaftstatsachen den Anschlag, auch für die pazifistische Arbeiterregierung, die prompt das Rüstungsprogramm ihrer Kapitalisten inschalt und nebenbei auch nichts dafür findet, das Königspaar des diktatorischen Italien zu empfangen, wenn ohne Erfolg, so wirklich nicht wegen schönen oder weniger schönen Augen. — Auch im internationalen Maße spitzt sich die Lage ungeheuer zu, und die Herren Arbeiterführer werden, wie immer, das Proletariat auch in die militärische Katastrophe hineinreißen, wenn es nicht rechtzeitig rüstet zum gemeinsamen Angriff als Klasse durch seine Klassenorgane: die revolutionären Räte als Kampfmittel sowohl als auch als Werkzeug und Gerippe des Staates der Arbeiterdiktatur.

Das Mitglied der englischen Arbeiterpartei Morel erklärte am 4. Juni in einer Rede, er sehe mit Besorgnis die riesige Herstellung von Rüstungen in Mitteleuropa. Die großen Skodawerke in der Tschechoslowakei und die österreichischen Staatsfabriken arbeiteten unter Hochdruck und erzeugten einen dauernden Strom von Kriegsmaterial. Für die Tschechoslowakei, Rumänien und in geringerem Maße für Polen. Die Skodawerke gehörten tatsächlich der Creusot-Schneider-Gruppe und stünden unter direkter französischer Kontrolle. Anderseits stehe jeder Industriezweig in den vormals feindlichen Ländern wie Oesterreich, der nur entfernt mit Rüstungen zusammenhänge, unter der Kontrolle der Botschafterkonferenz in Paris, deren Tätigkeit ebenso widersinnig wie mysteriös sei.

Dieser englische „Arbeiterpazifist" vergißt nur mit zu erklären, daß auch England unter ihrer „Führung", die allerdings nur durch die Duldung der Liberalen möglich ist, eifrig sich benutzt, mit den Weltwettrüstungen mitzuhalten. Die internationalen Konfliktstoffe häufen sich allerdings in den letzten Wochen in erschreckenden Maße. Dieser ganzen Rüstungs- und Kriegspanik muß das Proletariat und kann es nur durch den revolutionären Klassenaufstand beseitigen. Erst wenn die Ursache der Kriege als auch des Klassenkrieges beseitigt ist, nämlich die kapitalistische Produktionsweise, wird das Proletariat der Welt die Technik nur in den Dienst der Höherentwicklung der Menschheit stellen können, während sie jetzt noch zum größten Teil für die Vernichtung der Kultur und Menschheit eingesetzt wird. Erst im Kommunismus wird an Gesellschaftsglück zu denken sein, doch jetzt bedeutet es Verrat am Proletariat, wenn man der gepfeffert und gesalzenen Klasse die Ethik der Gewaltlosigkeit aufzeigen will.

Wirtschaft

„Der gesamte Zahlungsverkehr gerät im Stocken" — weil die Gerichte bei Zwangseintreibungen versagen

Der Zentralverband des Deutschen Großhandels hat sich (laut „Tageblatt" vom 8. Juni) mit einer Eingabe an das Reichsjustizministerium gewandt, in der es heißt:

„Die katastrophale Geldnot der deutschen Wirtschaft einerseits und die Bestimmungen der Bekanntmachung zur Entlastung der Gerichte anderseits, die vorsehen, daß jeder Anspruch, der zur Zuständigkeit der Amtsgerichte gehört, sunächst im Mahnverfahren geltend gemacht werden muß, haben eine derartige Ueberfüllung der Amtsgerichte mit Anträgen auf Erlassung von Zahlungsbefehlen mit sich gebracht, daß beispielsweise bei den Berliner Amtsgerichten eine vollkommene Geschäftsstockung eingetreten ist, die, wenn nicht sofortige durchgreifende Maßnahmen erfolgen, nach unserer Beobachtung unübersehbare Folgen haben müssen. Der Zentralverband des Deutschen Großhandels hat — in Nachgehung zahlreicher Klagen und Beschwerden — festgestellt, daß heute vom Eingang der Zahlungsbefehlsanträge bei dem Amtsgericht Berlin-Mitte bis zu deren Zustellung an die Schuldner regelmäßig zwei bis drei Wochen vergehen. Von Tag zu Tag wird infolge der weiter fortschreitenden Ueberlastung der Gerichte diese Frist länger. Anträge als dringend zu bezeichnen, hat keinerlei Wirkung, weil die Registraturen der Gerichte vorgeben, nicht in der Lage zu sein, die Flut von Eingängen laufend zu bewältigen. Die Nachteile für das Wirtschaftsleben sind natürlich in Anbetracht der allgemeinen Geldknappheit ganz außerordentlich schwere. Die Gläubiger, die auch ihrerseits wieder Schuldner sind, kommen wochenlang später zu ihren Gelde, haben noch nicht einmal die Möglichkeit, die Zwangsvollstreckung zu betreiben und gewinnen so auch ihren Gläubigern gegenüber in Zahlungsverzug, so daß gegen sie wiederum Zahlungsbefehle ergehen. Schon häufen sich die Fälle, die deutlich zeigen, daß Schuldner unter Ausnützung des vollzogen Vorzuges der Gerichte sich ein Moratorium von mehreren Wochen verschaffen. Der gesamte innerdeutsche Zahlungsverkehr gerät in weiteres Stocken. Dieser Zustand dauert nun schon wochenlang an, ohne daß sich eine Aussicht auf Besserung zeigt und ohne daß von seiten des Kammergerichts bzw. der Oberlandesgerichts Abhilfe geschafft wird. Der Zentralverband des Deutschen Großhandels hat deshalb das Reichsjustizministerium ersucht, unverzüglich Abhilfe zu schaffen und auch das Reichswirtschaftsministerium gebeten, seinen Bestrebungen im Interesse der deutschen Wirtschaft den nötigen Nachdruck zu geben."

Diese Notiz ist nach zweierlei Richtungen interessant. Einmal das dummdreiste Verlangen — von dem dummdreisten Spießbürgertum gewohnt allerdings berechtigte Verlangen — daß die Justiz bei dem Halsabdrehen der durch die Krise aufs Trockene gesetzten kleinen Schesuefer ihre verdammte Pflicht tun solle, damit die Hyänen des Schlachtfeldes zu ihrem Gelde kommen; interessant aber die sehnsuchtsvolle Begründung, daß dies Verlangen lediglich von den „Interessen der Wirtschaft" diktiert sei. Unnötig zu erwähnen, daß darunter natürlich jeder seine eigene „Wirtschaft" versteht; wenn die gedeiht, kann das ehrliche Volk krepieren. Bei den gemeinsamen individualistisch-kapitalistischen Interessen gibt es natürlich diese gemeinsamen Ansichten der gemeinsam vorgehenden Räuber, die, solange sie die Macht haben, die staatlichen Werkzeuge, zu denen auch die Justiz gehört, ihrem Willen unterordnen. — Aus die „Interessen der deutschen Wirtschaft" denkt gar keiner, sie können im Höchstfalle über die Begehrlichkeit der Arbeiter schreien und nach den starken Mann rufen, damit das Proletariat einfach unter sich macht, dieses widersinnige kapitalistische System von Grund auf umzustürzen. So allein kann verhütet werden, daß das Proletariat letzten Endes völlig verkommt zum Wohle der Allgemeinheit der Großen, die die Kleinen auffressen.

Riesenkonkurs im internationalen Baumwollhandel. Die alte Baumwollfirma Pierhumeges, Preyer u. Co., Liverpool, die Verbindungen in Le Havre, Bremen, New Orleans, Genua und Genua unterhält, ist laut „Konfektionär" mit 167 471 Pfund Sterling Passiven, denen nur 5065 Pfund Sterling Aktiven gegenüberstehen, in Konkurs geraten. Die Firma wurde im Jahre 1873 gegründet.

Ausland

Die chinesische Arbeiterbewegung

Obwohl in den letzten Jahren häufig von Streiks und anderen Aktionen der Arbeiterschaft Chinas berichtet wurde, so wurde doch bei uns hier die chinesische Arbeiterbewegung ziemlich skeptisch beurteilt. Die geographische Lage und Abgeschlossenheit Chinas erschwert es, die in diesem Riesenlande vor sich gehenden sozialen Umschichtungen zu verfolgen. Wir dürfen auch die Tatsache nicht übersehen, daß von den 400 Millionen Einwohnern nur etwa eine Million in fabrikmäßigen Betrieben beschäftigt sind. Diese spezifischen Besonderheiten spiegeln sich in der industriellen Entwicklung des Landes und seiner Anpassung an die westeuropäische Wissenschaft und Technik wieder. Sie zwingen uns zu besonderer Aufmerksamkeit und Vorsicht bei Beurteilung der chinesischen Arbeiterbewegung.

China gerät jetzt in die Sphäre des internationalen Warenaustausches. Mehr noch, es bildet zurzeit die Arena, in der sich nicht nur der Kampf der einzelnen, eine dominierende Stellung in China anstrebenden internationalen kapitalistischen Gruppen abspielt, sondern auch des einheimischen Kapitals, das allmählich eine immer aktivere Rolle spielt. Vor kurzem noch war das ausländische Kapital in China ohne Konkurrenz. Es betrachtete das Land als einen riesigen, ungewöhnlich aufnahmefähigen Markt, auf dem man nicht etwa nur europäische Waren, sondern auch das einheimischen Rohstoffen von billigen eingeborenen Arbeitskräften hergestellte Waren absetzen konnte. Auf diese Weise wurde China, wie oben angedeutet, in den internationalen Warenaustausch hineingezogen, es diente der Produktion Europas als Absatzgebiet und gleichzeitig als Basis für eine lukrative Kolonialindustrie. England, Japan und andere Länder errichteten dort die verschiedensten industriellen Betriebe, die Rohmaterial für den chinesischen Markt verarbeiteten.

Nach dem Stand der letzten Jahre gehörten 4500 solcher Betriebe Japan, 700 England, 500 Amerika usw. Die größere Zahl der japanischen Betriebe ist aber nicht gleichbedeutend mit größerem investierten Kapital. Im Gegenteil, England und Amerika haben bedeutend höhere Summen für die Industrialisierung Chinas aufgewandt. Maßgebend waren selbstverständlich die chinesischen Lebensinteressen. Die Engländer, und besonders die Japaner, wollten nur die Hand auf die natürlichen Schätze, die Rohstoffe, legen um diese nach Betriebsgründung des chinesischen Innenmarktes auszuführen, Japan nach seinem Inselreich und England nach den nächsten Kolonien und sogar nach dem Mutterlande.

Die industrielle Entwicklung Chinas mit Hilfe ausländischer Investierungen nahm ihren Fortgang. Fabriken wurden gebaut, Eisenbahnen angelegt. Tausende Schiffe liefen chinesische Häfen an. Aber auch das chinesische Kapital konzentrierte sich und rein chinesische Industriebetriebe entstanden, so daß heute diese bereits nach Hunderten zählen. In Shanghai allein gibt es über 50 Spinnereien und Webereien. Seit 1921 laufen in der Textilindustrie Chinas etwa 3 Millionen Spindeln und 12 000 Webstühle. Dieser Industrialisierungsprozeß mußte selbstverständlich die Entstehung eines chinesischen Proletariats zur Folge haben, dessen Schicksal aufs strengste mit der Großindustrie verknüpft ist. Genaues statistisches Material gibt es zwar in China nicht, jedoch schätzt man die Gesamtzahl der in Industriebetrieben, im Transportwesen und in Gewerbebetrieben beschäftigten Arbeiter auf 4—5 Millionen, von denen etwa 1 Million in Fabriken tätig sind.

Die Arbeiterbewegung Chinas ist nicht allerjüngsten Datums. Gewerkschaftliche Organisationen gab es dort auch früher schon. Sie trugen aber alle den Charakter von Gilden, Zunftverbänden oder von eng in sich abgeschlossenen Vereinigungen. Diese Organisationsformen bestehen teilweise auch heute noch, so in Südchina, wo die Gewerkschaftsbewegung infolge der schwächeren industriellen Entwicklung in vielen kleinen Organisationen zersplittert ist. In Canton z. B. gibt es deren etwa 140. In Norden (Mittelchina) sind Gewerkschaften nach dem Industrieprinzip aufgebaut vorhanden.

Die Zahl der organisierten chinesischen Arbeiter wird mit 250 000—300 000 angegeben. Am stärksten sind die Transportarbeiterorganisation mit 40 000 und die Eisenbahnerorganisation mit 50 000—60 000 Mitgliedern. Starke Zunahme haben in letzter Zeit die Organisationen der Textilarbeiter und Elektriker. Die neuere Art der wirtschaftlichen Organisationen sind aber am Stillen Ozean und am Flusse Jangtsekiang konzentriert. Diese Gebiete sind der industriereichste Teil Chinas, wo natürlich auch das Industrieproletariat am stärksten vertreten ist. In Südchina dagegen herrscht, wie bereits erwähnt, das Handwerk und der Kleinhandel vor. Die Mandschurei und die angrenzenden Provinzen, Tschili, Schantung usw., treiben vorläufig noch Landwirtschaft, fast ausschließlich im Großbetriebe. Die Proletarisierung Mittelchinas ist noch weiter vorgeschritten als die Nord- und Südchinas. Die Konzentrationspunkte der Arbeiterbewegung Südchinas sind Hongkong und Canton, die namentlich als Zentrum des Seeleuteverbandes von großer Bedeutung ist, wie es 1922 der große Seeleutestreik in Hongkong bewies. In Mittelchina sind von ähnlicher Bedeutung Shanghai und der Bezirk Hankau-Tschanksche. Die Gewerkschaftsbewegung Mittel- und Nordchinas erhält ihr charakteristisches Gepräge durch den Eisenbahnerverband, der ähnlich wie der der Seeleute bereits seine Kraft im Kampf erprobte, indem er in den letzten Jahren mehrere größere Streiks führte. Erwähnt sei der Eisenbahnerstreik im Februar 1923, der mit einem Massaker der Streikenden durch Militär endigte.

Die Lage der Arbeiterklasse Chinas ist im allgemeinen äußerst schlecht. Ausländische wie eingeborene Unternehmer betrachten die Arbeiterschaft und als billige Arbeitskraft, die man erbarmungslos ausbeuten darf. Die wirtschaftlichen Kämpfe drehen sich darum auch meist nur um Herabsetzung der Arbeitszeit und um Lohnerhöhungen. Also dieselben Berührungspunkte wie die europäischen reformistischen Gewerkschaften. — Zu den Besonderheiten der chinesischen Arbeiterbewegung gehört die Tatsache, daß ihre Entwicklung durch den in zwei Richtungen verlaufenden politischen Kampf Chinas stark behindert wird. Im Innern trachten die Militärs nach der Herrschaft, nach außen sieht sich das chinesische Volk genötigt, seine Unabhängigkeit gegen die räuberischen Gelüste des Weltimperialismus zu verteidigen. Diese Zweispältigkeit spiegelt sich in gewissem Sinne in der jungen chinesischen Arbeiterbewegung wieder.

Der Kampf für die Unabhängigkeit Chinas trübt das Klassenbewußtsein einzelner Arbeiterorganisationen, die infolgedessen einen sieuchen starken nationalistischen Einschlag haben. Besonders trifft dies auf Südchina zu, wo die chinesischen Nationalisten, die sogenannten „Homindas" einen großen Einfluß ausüben und zum Teil die Führung haben. Anderseits beschäftigen sich die gewerkschaftlichen Organisationen stark mit der Politik. Wirtschaftliche und politische Fragen sind eng verflochten. Diese politische Schule, die die Arbeiterorganisationen durchmachen, wird ihnen einmal sehr gut zu statten kommen.

Noch eins muß erwähnt werden, und zwar wird von Amerika aus versucht, die Ideen und Praktiken der amerikanischen Gompers-Gewerkschaften nach China zu verpflanzen. Diese Gefahr darf nicht unterschätzt werden. Die junge chinesische Bourgeoisie läßt zum größten Teil ihre Söhne in Amerika erziehen, die natürlich ihre dort gesammelten Erfahrungen auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung in ihrer Heimat verwerten. Ob es gelingen wird, die Gompers-Gewerkschaften nach China zu verpflanzen, ist nicht ganz ausgeschlossen.

Wenn man heute von dem Erwachen Chinas aus seinem jahrhundertlangen Schlaf spricht, so ist der Arbeiterbewegung die Bedeutung eines der deutlichsten Merkmale dieser Tatsache beizumessen. China hat die Bahn der kapitalistischen Entwicklung beschritten. Dadurch ist die Vorbedingung für die Entwicklung der chinesischen Arbeiterbewegung geschaffen, die bereits ihre Feuertaufe in den ersten blutigen Zusammenstößen mit ihrem Klassengegner erhalten hat.

Das Sachverständigengutachten im Urteil des Auslandes

Der nach dem Diktat der amerikanischen Hochfinanz (Morgan) unter dem Präsidium des amerikanischen Generals Davers geschaffene Raubvertrag des internationalen Kapitalistenkonsortiums wird in trefflicher Weise in dem monatlichen Zirkular des englischen Arbeits-Untersuchungs-Departements der Arbeiterpartei gegeißelt unter der ironischen Ueberschrift: „Wie man die letzten Kerne auspreßt." Es heißt darin u. a.: „Im Vertrag von Versailles ist nichts enthalten, daß so übersaus erdrückend und erdrosselnd wirkt wie diese Forderungen des Sachverständigenausschusses, die rein vom Standpunkt des Geschäfts und Profits und nicht der Politik diktiert wurden. Schließlich wird Deutschland so wie eine Zitrone zusammengepreßt sein, daß man die Kerne wird knacken hören. Das Finanzkapital, besonders das amerikanische und englische, hat mit diesem furchtbaren Kodicill (Nachtrag zu einem Testament) den letzten Willen und das Testament des Imperialismus, wie es im Vertrage von Versailles niedergelegt wurde, bekräftigt. Und es ist sehr wahrscheinlich, daß alle Regierungen dieses Vertrag unterzeichnen werden, wie es unsere (die britische „Arbeiterregierung") bereits getan hat. — Aber trotz seines reinen „Geschäftsstandpunktes" wird dieses Sachverständigen-Gutachten wahrscheinlich nicht von dauer sein. Denn in der europäischen Wirtschaftslage deutet nichts darauf hin, daß alle die Kräfte, die durch den Krieg entfesselt wurden, durch diese Vorschläge zum Stillstand gebracht werden. Im Gegenteil! Gerade dadurch, daß die Sachverständigen Stabilität, Frieden und hohe Profite in Europa anstreben, bereiten sie durch dieses Dokument rachesüchtiger Habgier gegenwärtig erst die Bedingungen vor, durch die all ihre Hoffnungen und die Illusionen der Imperialisten, für die sie sprechen, zu Wasser werden."

In solch überaus scharfer und geißelnder Kritik verdammt das Arbeits-Untersuchungsamt der britischen Arbeiter-Partei dieses Reparations-Gutachten, das die MacDonald-Regierung empfehlen und angenommen hat!

Deutschland, die Ententekolonie unter ausländischen Staatskommissaren, ist aus einer **kapitalistischen Weltmacht** zur **Weltmagd** geworden.

In der belgischen „Action Nationale" ist vor kurzem ein „Lichtblick" auf die Gehälter der Reparationskommission veröffentlicht worden. Diese betragen jährlich an die 225 Millionen Franken. Die einzelnen Delegierten und Sekretäre erhalten hunderttausende Franken jährlichen „Arbeitslohn".

Die deutsche Kapitalistenpresse, die weiß, daß alle kapitalistischen „Friedensverträge" nur die Inkubationszeit durchlaufen und für das amtliche Wort: „Verdienen", spielt den Entrüsteten und jammert, daß diese Gelder von den „überflüssigen Schmarotzern" den Geschädigten entzogen worden sind. In Deutschland gibt es keine Reparationskommissionen; dafür aber genug von den „überflüssigen Schmarotzern". Daß sie **beide** schnellstens verschwinden, wird **die** Aufgabe der Arbeiterklasse sein.

Aus der Jugendbewegung

Der Aufmarsch der schwarz-rot-goldenen Konterrevolution gegen die revolutionäre Jugend

Der Kampftag der revolutionären Jugend in Naumburg a. S. verboten

Uns geht von der Jugend folgender Bericht zu:

Naumburg, den 8. Juni 1924.

Zum heutigen Tage hatte die KAPD. anläßlich ihres Reichskongreß zu einer Kundgebung aufgerufen. Mit allen Mitteln versucht die schwarz-rot-goldene Konterrevolution, die treuen Garden der Sozialdemokratie gegen uns zu verseiteln. In der bürgerlichen Presse, an allen Ecken und Anschlagsäulen prangte folgende Bekanntmachung:

„Die Kommunistische Arbeiterjugend hat in kommunistischen Zeitungen zu einem Kampftage der revolutionären Jugend nach Naumburg a. S. für Sonntag, den 8. Juni 1924 (Pfingsten) eingeladen zwecks Veranstaltung von Kundgebungen für den Rätekommunismus, für den kompromißlosen Klassenkampf und für die proletarische Revolution.

Diese Veranstaltung wird verboten.

Alle Versammlungen und Umzüge aus diesem Anlaß werden hiermit nochmals ausdrücklich untersagt. Bei Zuwiderhandlungen wird mit allen zu Gebote stehenden Mitteln eingeschritten werden. Die ordnungsliebenden Bürger werden vor gegenten Interessen ersucht sich Kundgebungen oder Zusammenrottungen fernzuhalten.

Naumburg a. S., den 3. Juni 1924.

Die Polizeiverwaltung."

Aus Bitterfeld rückten drei weitere Hundertschaften Sipos in Lastautos an. Alle Zugänge zur Stadt wurden besetzt. Das Versammlungslokal entzogen. Trotzalledem. Die revolutionäre Jugend rückte an. Alle Genossen erreichten die Konferenz, die mit einigen Stunden Verspätung in Naumburg unter zahlreicher Beteiligung eröffnet wurde. Ihre Arbeit wird ein Stück Fortentwicklung zur proletarischen Revolution sein.

Der Bourgeoisie aber rufen wir zu: Herzwingt uns nicht! Wir werden die Arbeiter zum letzten Kampf organisieren, um euch zu zerschmettern.

Mitteilung

18. Unterbezirk, Cöpenick. Am Freitag, den 13. Juni, abends 8 Uhr, findet Radowse Straße 21 die Bezirksmitgliederversammlung statt. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

Jugendgruppe Neukölln. Partei- und Unionsgenossen, schickt eure Kinder zur Jugend. Jeden Mittwoch, abends 7.30 Uhr im Jugendheim, Kaiser-Friedrich-Straße 4.

Verantw. Redakteur und Herausgeber: Kurt Hellwig, Düsseldorf. — Druck: Karl Bergmann, Berlin S 42, Oranienstr. 199.

5. Jahrg. Nr. 46

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mark

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Juni 1924

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die Nummer 0,75 Mark. Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die Nummer 0,75 Mark. Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Radikal-Revisionismus

Der Revisionismus Bernsteinscher Abstammung genügt nicht mehr, um die Politik der Sozialdemokratie zu rechtfertigen. Das Ziel, sozialreformische Maßnahmen von der Bourgeoisie zu erzwingen, genügt nicht, nur eine aktive kapitalistische Politik durchzuführen, die zur Einspannung der Arbeiterschaft in den Rahmen nationaler Wirtschaft führt. Die englische Arbeiterregierung handelt noch im alten Rahmen. Sie führt die Geschäfte der Bourgeoisie und sucht gleichzeitig Verbesserungen der Lage der Arbeiterschaft herbeizuführen. Dagegen sucht die Sozialdemokratie, die zusammengebrochene Wirtschaft des deutschen Kapitals in Gemeinschaft mit einer Gruppe des Kapitals unter schärfster Unterdrückung des Proletariats wiederaufzurichten. Sie wird zum bewußten Einpeitscher der Arbeiterschaft. Sie zwingt die Arbeiterschaft in die Betriebe, indem sie die Wirtschaftsdemokratie zum Mittelpunkt der gesamten Arbeiterbewegung zu machen sucht.

Die Gewerkschaften waren bisher nur Führung des Lohnkampfes bestimmt. Es genügte daher, daß sie die Arbeiterschaft außerhalb der Betriebe zusammenfaßten. Ein besonderes Betriebsinteresse, eine Verbundenheit mit dem Betriebe, die Werksgemeinschaft bestand nicht. Der Ausdruck „Werksgemeinschaft", der aus der faschistischen Ideologie stammt, ist absichtlich gewählt, weil die sog. Teilnahme an der kapitalistischen Produktion notwendigerweise in diesem Gedanken endet.

Die Sozialdemokratie ist nun dazu übergegangen, die theoretische Begründung dieser neuen Taktik der Wiederaufbauperiode zu schaffen. In der im April erschienenen ersten Nummer der „Gesellschaft", dem neuen wirtschaftlichen Organ der Internationalen Sozialdemokratie hat Hilferding in echt zweite-marxistischer Manier den „marxistischen" Unterbau dazu geliefert. Der Sozialdemokratie ist die Epoche des Geleitwort geliefert. Der alte Kautsky hat als als die „vierte Phase der Revolution" bezeichnet und sie als die Zeit der beginnenden sozialistischen Machtergreifung und des sozialistischen Aufbaus erklärt. Nach diesen großen Worten lohnt es, den Inhalt einer Kritik zu unterziehen, um so mehr als die neue Ideologie auf den ersten Blick etwas Bestechendes hat. Das alte Wort „Wissen ist Macht" wird hier auf die Erörterung der Bedeutung durch die praktische Kenntnis der Methoden der Betriebsführung angewandt und dem Proletariat eingeredet, daß der bisherige Mißerfolg zu einem erheblichen Teil an dem Mangel geeigneter proletarischer technischer Kräfte liege. Nach der Eroberung der Verwaltungspraxis durch die Führer der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie müsse noch diesem Mangel abgeholfen werden, dann sei der Aufbau des Sozialismus vollendet.

Für dieses sehr einfache Rezept wird ein riesiger geistiger Apparat aufgesogen. Der Unterschied in der Entwicklung des Kapitalismus in der Vorkriegs- und der Nachkriegszeit wird in dem Uebergang von der freien Konkurrenz zur organisierten Wirtschaft erblickt.

Die Konzentration des Kapitals hat eine bestimmte Ordnung der nationalen Wirtschaft herbeigeführt. Die Produktion ist nicht mehr vollkommen anarchisch. Das Kapital hat den Ausgleich national vollzogen. Es ist eine „hierarchisch organisierte Wirtschaft allerdings in autognatischer Form" übrig geblieben. Die Schäden der freien Konkurrenz sind beseitigt. Der nationale Arbeitsprozeß ist, soweit irgend möglich, in Angebot und Nachfrage dem Markt angepaßt. Dies ist selbstverständlich meist identisch mit den Bedürfnissen der Masse. Die Volkswirtschaft bildet ein einheitliches Ganzes. Der einzige Widerspruch mit dem Sozialismus ist noch der Besitz der Produktionsmittel durch das Kapital, der ihm die Leitung der Produktion und Verteilung der Produkte sichert. Der Vorteil dieser Regelung für das Proletariat liege in der Verminderung der Kriegsgefahr und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit. Das Kapital könnte durch kluge Arbeitsverteilung eine gewisse Stetigkeit in die Wirtschaft bringen. Die Folge dieser Entwicklung sei zwar fortschreitende Mechanisierung und Intensivierung des Arbeitsprozesses, aber dafür eine weitere sozialreformerische Zugeständnisse, und dies ist einer der stärksten Fehlschlüsse, erzwinge diese neue geregelte Organisation den Kampf, „aber je bewußter die Regelung der Wirtschaft wird, desto unerträglicher wird der Masse der Produzenten die Usurpation der Wirtschaftsmacht und des gesellschaftlichen Produkts durch die Besitzer der konzentrierten Produktionsmittel". Mit anderen Worten, der Reformismus ist die stärkste revolutionäre Kraft. Je besser die Lage der Arbeiterschaft durch die Fürsorge des Kapitals wird, um so größer der Trieb, selbst Besitzer der Produktionsmittel zu werden. Das alte Wort, daß die Sozialisierung nur bei einem gesunden Kapitalismus möglich sei, erlebt eine neue Auflage. Durch das Kapital muß die Wirtschaft soweit vorwärts organisiert sein, daß die Arbeiterschaft durch eine Umstellung des Hebels die politische Produktion übernehmen kann. Dazu muß das Proletariat bürgerlicher Fachmann werden. Das ist nur möglich, wenn es sich in die kapitalistische Wirtschaft voll einreiht. Es muß also um die Teilnahme an der Betriebsleitung kämpfen. Die bisherige hierarchische Form der Leitung hat der demokratischen zu weichen, und damit ist das Spiel gewonnen. Die Demokratie ist das Kuckucksei, das in den Adlerhorst des Kapitals so von ungefähr hineingelegt werden muß. Das heißt dann stolz „Uebergang vom wirtschaftlichen zum konstruktiven Sozialismus". Der Weisheit letzter Schluß ist die Behauptung, daß sich wohl der Uebergang der proletarischen Macht von einer Klasse auf die andere revolutionär vollziehen kann, daß aber diese Methode nicht für die Uebernahme der Produktion geeignet sei. Hier komme allein eine evolutionäre Entwicklung in Frage. Diese Lösung ist ganz ausgezeichnet. Man ist revolutionär und gleichzeitig evolutionär. Die Klassenkampftheorie wird beibehalten. Sie kommt aber nur als Schlußeffekt, als Brillantfeuerwerk in Frage.

Bis dahin hat die Arbeiterschaft sich „die Fähigkeit und das Verantwortungsbewußtsein", das für die Erlangung der Teilnahme an der Leitung der Produktion erforderlich ist, anzueignen. Dazu ist „bewußte Erziehungsarbeit" notwendig. Jetzt kommt dem Politiker Hilferding, der Pädagoge Hilferding zu Hilfe. Die Auswahl der Tüchtigen ist das Kernproblem. Das kann nur die Demokratie mit ihrer Gleichberechtigung schaffen. Die Notwendigkeit ihrer Verteidigung ist damit glänzend gerechtfertigt. Freie Bahn den Tüchtigen, heißt die Parole. Der Begriff Demokratie wird für diesen sinnlichen Zweck ebenfalls zurechtgestutzt. Es wird zwar anerkannt, daß die Formale Demokratie die politische Gleichheit — die soziale Ungleichheit nicht aufhebt. Das könne man auch nicht gut verlangen, aber es müsse wenigstens ein gleicher Ausgangspunkt garantiert werden. Das Bildungsmonopol der Bourgeoisie muß deshalb aufgehoben werden und dem Proletariat die Möglichkeit zur „Eroberung der Bildung, des Wissens, der Kultur, über die die Gesellschaft verfügt", gegeben werden.

Der bürgerliche Pferdefuß scheint hier verdammt deutlich heraus. Die Uebernahme der Produktion durch das Proletariat ist danach eine Frage der Erziehung. Die Begabtenschulen sind das Mittel des Aufstiegs zur Macht. Die Wirtschaftsdemokratie ist der Hebel, an dem die Taktik der Arbeiterschaft gemessen hat. Sie beseitigt die Aristokratie der Industriebeige, Herzöge und Barone zugunsten der Bourgeoisie, die so allmählich in die Leitung der Betriebe hineinerben, die so allmählich in die Leitung der Betriebe hineinerben, die so allmählich in die Leitung der Betriebe hineinerben,

An die Eisenbahner

Diese nicht endende Streikwelle, die nur mal abebbt, um sofort in desto brausenderer Flut dahemzurollen, zeichnet euch scharf die Klassengegensätze zwischen Kapital und Arbeit auf. Dem Streik der Anilinarbeiterinnen folgte der der Werftarbeiter und ihnen schloß sich die Aussperrung und der Streik der Bergarbeiter, kumpelnd von fast ganz Deutschland an. Gruppenweise ging die Zermürbung vor sich und gruppenweise wurden sie wieder, soweit noch benötigt, in die Ausbeutungsstätten zurückgetrieben, nachdem sich die gewerkschaftliche Disziplin, d. h. der freiwillige Hungerstreik, als eine stumpfe Waffe gegen das Kapital erwiesen hat.

Der Ruhrkrieg, als eine Fortsetzung des Weltkrieges, nur mit anderen Mitteln hat euren Arbeitgeber, den sogenannten demokratischen Staat sowie die in ihm sich bewegenden Kapitalsgruppen, eine schwere Niederlage bereitet. Ein harter Frieden wurde angekündigt. Dieser soll jetzt durchgeführt werden. Die Inflation, welche den kapitalistischen Wirtschaftskörper künstlich aufgedunsen hatte, wurde überwunden und mit Hilfe von Ermächtigungsgesetzen die „Sanierung" gesichert. Personalabbau, Lohnabbau und verlängerte Arbeitszeit wurden euch, sowie dem übrigen Proletariat, als die Notwendigkeiten hingestellt, die zum Aufstieg und zur Gesundung führen sollten.

Eisenbahner! Den ersten großen Abbau eurer Klassengenossen habt ihr durch eure Passivität unterstützt. Der Uebergang von der achtstündigen zur neunstündigen Arbeitszeit vollzog sich reibungslos für die Bourgeoisie und ihren demokratischen nennenden Staat. Tausende und Abertausende eurer Klassengenossen Tagtag eure Hilfe. Sie glaubtet durch Verlängerung der Arbeitszeit eine geringe Besserstellung eurer Lebenslage erzielen zu können. Auch habt ihr, wie schon so oft, auf die Versprechungen eurer Klassenfeinde sowie eurer „bewährten" Führer gehört und euch nach kurzem Aufbäumen gefügt. Während des Bergarbeiterstreiks, als man nicht wußte, wie eventuell diese Riesenbewegung auslaufen würde, hat man euch rasch „Gehaltserhöhungen" zugesagt, um euch eventuell bei der Niederschlagung eurer Klassengenossen zum Transport der weißen Garden, sicher zu sein. Jetzt schreckt euch die ungeheure Not auf und ihr erkennt mit Schrecken, daß die neunstündige Arbeitszeit längst zur zwölf, ja vierzehn, sogar teilweise zur sechzehnstündigen Arbeitszeit geworden ist.

Auch werdet ihr ahnen und teilweise erkennen, daß dies nicht etwa ein vorübergehender, sondern einer Dauerzustand werden soll und muß.

Eisenbahner! Das Sachverständigengutachten, der Plan des internationalen Kapitals gegen das internationale Proletariat, bedingt in seiner Durchführung noch ganz andere Maßnahmen. Dieser jetzigen Vorstoß des deutschen Kapitals und seines Staates sind nur erst die Vorbereitungsmaßnahmen, die brutalsten Unterdrückung und schamlosesten Ausbeutung, die jemals eine beherrschte Klasse zu erdulden hatte. Ihr habt euch in eurem Kampfe, der euch nicht erspart bleibt, unbeschadet, ob ihr heut noch mal zurückschreckt, klar zu werden, was ihr wollt. Ihr habt klar zu erkennen, daß ihr im Kapitalismus, in der kapitalistischen Republik, eine Besserstellung eurer Lebenslage nicht erringen könnt, ihr als Eisenbahner ebensowenig wie die Bergarbeiter sowie das gesamte Proletariat. Ihr müßt erkennen, daß die Profitwirtschaft sich nur halten und stützen kann nach dem System, teile und herrsche. Darum teilt man euch sowie das gesamte Proletariat in soundsoviel Gruppen und gibt diesen Gruppen etwas mehr und jenen etwas weniger, diesen solche Uniformen und jenen solche, um desto besser den Zweck der Verunreinigung erzielen zu können.

Eisenbahner! Ihr müßt euch bewußt werden, daß eure Lohnkampf ein Machtkampf bedeutet. Daß ihr bei eurem Streik sofort alle Machtmittel des kapitalistischen Staates gegen euch haben werdet. Daß die ganze Pressemeute, diese geile Dirne, die je häßlicher sie ist, je mehr sie sich den Anschein einer Arbeiterpresse gibt, gegen euch sein wird. Es wird der Regierung sowie den sozialdemokratischen Lumpen ein Leichtes sein, zu beweisen, daß ihr den Eisenbahnverkehr ins Wanken bringt mit euren sogenannten übermenschlichen Forderungen und dadurch dies Gutachten in seiner Durchführung gefährdet und somit die Wiedergenesung der Wirtschaft in Deutschland, nein, sogar in Europa, gefährdet, wenn nicht unmöglich macht, wenn man dem „Vorwärts" glauben wollte.

Eisenbahner! Die KAP. und AAU. sagen euch dies. Laßt alle Hoffnungen fahren, jemals noch bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erringen zu können. Die vorgesehenen Gesetze, welche zur Durchführung des Gutachtens der Sachverständigen notwendig sind, werden an synischer Brutalität alles bis dato Gewesene in den Schatten stellen. Hunderttausende von euch müssen noch abgebaut werden. Und sie werden es auch. Die Zurückgebliebenen müssen diesen Ausfall an Arbeitskraft weitmachen. Vollständige Versklavung ist euer Los, ist aber auch das Los aller eurer Klassengenossen, der übrigen Proletarier. Dieses euch zugedachte Los wird euch a

B2

wachsen. So schön und friedlich vollzieht sich die wirtschaftliche Abdankung der Bourgeoisie und die Kronen rollen von selbst in den Sand. Das Proletariat braucht bloß das geistige Monopol der Bourgeoisie zu erringen und sich ihr Wissen anzueignen. Das ist das Ei des Kolumbus, mit dem kleinen Unterschied, daß dort die Lösung nur durch das Anschlagen des Eis vollzogen werden kann, hier aber das Ei unversehrt bleiben kann.

Um dieses Kunststück fertigzubringen, muß auch der Sozialismus in seiner ganzen bisherigen Bedeutung umgebogen werden. Er wird jetzt als eine Forderung an die Arbeiterbewegung formuliert. Er ist aber nicht eine Forderung der Arbeiter selbst. Diese kämpfen nicht für den Sozialismus, sondern nur „für die dringendsten Bedürfnisse des Tages". „Der Inhalt ihres Strebens ist die gewerkschaftliche Interessenvertretung, die Sozialreform, die Anpassung an den Kapitalismus statt dessen Ueberwindung." Dies ist das Fazit, das ein Hilferding als Ergebnis der sozialdemokratischen Bewegung festgestellt hat. Für ihn ist der Erfolg der Marxschen Philosophie, daß sie Ideologie geworden ist. Der Sozialismus ist nicht die unmittelbare Triebfeder des Handelns, sondern das Handeln der Arbeiterschaft geht nur auf Verbesserung der augenblicklichen Lage. Ein traurigeres Zeugnis kann dem Wirken der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie für den Aufbau der klassenlosen Gesellschaft gar nicht ausgestellt werden, als daß man feststellt, daß das Ziel vollkommen verlorengegangen ist, weil die „Arbeiter" nicht den Willen dafür aufbrachten. Eine dümmere Fälschung der Geschichte der Arbeiterbewegung ist wohl kaum denkbar. Es ist aber nichts dagegen zu sagen. Der Zweck heiligt die Mittel.

In der neuen Phase der kapitalistischen Entwicklung müssen aber auch die Gewerkschaften ihre Existenzberechtigung haben. Sie sollen nicht nur das Gegengewicht gegenüber dem organisierten Kapital bilden, sondern auch für die „Aufstiegsmöglichkeiten ihrer Mitglieder innerhalb der bürokratisch organisierten Wirtschaft" sorgen. Fabrikdemokratie, Stärkung der Stellung der Betriebsräte, Produktionskontrolle in allen Nuancen des umfassenden Wortes bis zur schließlichen Erringung der Wirtschaftsdemokratie wird zum Inhalt der Politik der Arbeiterorganisationen." Die Gewerkschaften, als Organe der Wirtschaftsdemokratie, sollen „neuen Geist des Wettbewerbs um den sozialen Aufstieg" fabrizieren. Dem Gewerkschaftsführer soll jetzt neben den Ministerposten noch die Karriere zum Betriebsherrn eröffnet werden. Wirklich nette Aussichten. Hilferding stellt dann noch die Entwicklungsmöglichkeiten bei der auf demokratischer Basis schon errichteten politischen Organisation und der gleichzeitig einsetzenden Umwandlung der hierarchisch organisierten Wirtschaft gegenüber und kommt zu dem Resultat, daß sich damit „die Wirtschaftsmacht in politische Macht umsetze". Der Einfluß der großen Monopolbesitzer könne auf diesem Wege gebrochen werden.

Um aber diesen ganzen Bau aufführen zu können, muß Hilferding beweisen, daß die augenblickliche Krise des Kapitals nur vorübergehender Natur ist. Er schließt dies aus der Vermehrung der Produktionskräfte, während und nach dem Kriege. Diese bedeuten an und für sich Stärkung des Kapitalismus. Die augenblickliche Dissonanz rühre nur von der einseitigen Bevorzugung der Produktion der Produktionsmittel her, die eine typische Folge des Aufbaus dieser Erweiterung auf den Kriegsnotwendigkeiten sei. Es müßten jetzt nur noch die zurückgebliebenen Konsumtionsmittelindustrien dieser Entwicklung angepaßt werden. Auch darin ist man auf dem besten Wege. Die Agrarrevolution im Osten und Südosten Europas, die in einer Zerschlagung des Großgrundbesitzes und in der Aufteilung des Mittel- und Kleinbesitzes bestehe, bringe der Industrie den Absatz für ihre erweiterte Produktion. Mittel- und Kleinbesitz, der gerade auf Verwertung der menschlichen Arbeitskraft aufgebaut ist, als Massenabnehmer von Industrieprodukten. Die paar Heugabeln und Sensen als Ausgleich für die Krise, während auf der anderen Seite feststeht, daß diese Betriebsart wenig über den Eigenbedarf erzeugt und eine riesige Einfuhr von Lebensmitteln für das Industrieproletariat notwendig macht. Sie ist geradezu das Gegenteil von der Industrialisierung der Landwirtschaft, die bisher von den Marxisten aller Richtungen als notwendige Entwicklung hingestellt wurde. Die Erklärung dieses Phänomens liegt nur in der Verlegenheit, die DIE Suchen nach einem Ausweg aus dem offenkundigen Zusammenbruch dem armen Hilferding bereitet hat. In der Not frißt der Teufel Fliegen. Die Bettgemeinschaft mit dem Kapital muß eben begründet werden, und wenn man daher auch die Tatsachen auf den Kopf stellt. Es verkündet daher Hilferding der staunenden Welt: „Als Resultat der Kriegsperiode erscheint so die kapitalistische Oekonomie materiell erweitert und qualitativ verändert auf dem Wege zur organisierten Wirtschaft."

Eine weitere günstige Wirkung des Krieges erblickt Freund Hilferding in der Tatsache, daß sich die Gewerkschaften, als die eigentlichen Träger des Staates, ihre Bürokratie als für den Staat unentbehrliche Organe, als gleichberechtigt der Staatsbürokratie, aber noch wichtiger als diese, die den Produktionsproblemen ohne ihre Hilfe sucht, gewachsen sind, fühlen. Wir dankbar können doch die Arbeiter der Bourgeoisie für den Krieg sein. Er war nun wirklich das Stahlbad. Er hat die Arbeiterschaft „aus der Staatsferne in die Staatsnähe" gerückt. Die Arbeitsgemeinschaft ist sein Werk. Also Heil ihm. Hilferding muß jetzt selbst eingestehen, daß der Pazifismus eine falsche Parole war und daß der Gewerkschaftspolitik, die sich für den Krieg einsetzte, die ungeheure Wirkung der politischen Bedeutung der Gewerkschaften zu verdanken ist.

Alle Achtung, tiefer kann man beim besten Willen nicht sinken. Ein Millerand ist noch ein ehrlicher Mensch, dem soviel Verlogenheit für den Verrat des Proletariats hat er nicht aufgebracht. Der marxistisch sich gebärdende Geist ist doch die schlimmste Hure. Er dient der Bourgeoisie im Verborgenen.

Revolution in Frankreich

Frankreich steht mitten in einer Revolution. Wenigstens erklärte so der Lakai Millerands, Herr Marsel, der noch kurz vor Toresschluß ein Ministerium für seinen Herrn und Meister zusammengestümmert hatte, in der Sitzung, die Millerands Sturz endgültig herbeiführte. Aber auch anderswo ist man Monopol-et-Moselle und zugleich als Führer der rechten Minderheit wieder in die Kammer einziehen wird. Bis gestern nun gab Herriot Painlevé, ehemaliger Kriegsminister, als sicherer Statusminister der „Verfassungsstreiter". Heute taucht neben ihm bereits Doumergue als ebenso erster Kandidat auf und morgen wird vielleicht irgendein Herr Pams. Verlogenheitspräsident der Republik werden.

Wenig richtig wirkt dieses hitzige Ringen um die höchste Würde Frankreichs neben der Frage: welche Politik wird das Ergebnis des neuen „Links"-Kurses in Frankreich sein, wird es eine Politik der Verständigung mit Deutschland, eine Politik der Abrüstung, des allgemeinen europäischen Friedens sein? Ist die Macht der Nationalchauvinisten gebrochen und die Schwerindustrie zurückgedrängt?

Ehe wir auf diese Fragen eingehen, ein kurzer Blick auf die Bedeutung der Wahlen selbst. Die Politik Poincarés, der im wesentlichen nichts anderes war als der Anwalt des „Comité de Forges", der Vereinigung der französischen Schwerindustrie, hat Frankreich das Rührgebiet eingebracht und die Sympathien Englands und Frankreichs gekostet. Der Kredit dieser Bilanz, nämlich die Ausbeutung des Ruhrgebiets in eigener Regie, ist sehr mager. Es sollen zwar 609 Millionen Franken Gebeschuld in den letzten Monaten herausgewirtschaftet worden sein, aber dieser Ueberschuß stand doch wohl hauptsächlich auf dem Papier. Indem schädigte die Konkurrenz der Regie den eigenen Bergbau erheblich. Frankreich erwies sich alles in allem zu schwach, um einen derartigen Brocken verdauen zu können. Das Debet der Bilanz, der Sympathieverlust Englands und Amerikas, der zum großen Teil eben auf die Ruhrbesetzung zurückging, war dagegen enorm schwer, denn er drückte sich in nichts geringerem aus als in dem alarmierenden und stetigen Fall des französischen Frank. Namentlich England sah die dauernd wachsende Macht Frankreichs auf dem Kontinent nur sehr ungern. Der Einmarsch Frankreichs in das Rührgebiet schien vollends ihm die Kontrolle über die europäische Politik und damit auch das Schicksal Europas selbst in die Hand zu geben. Daß eine internationale Baissespekulation seit langem gegen den Franken bestand, war ein offenes Geheimnis. Bei Beginn der Ruhrbesetzung trat sie in Aktion.

Es ist klar, daß eine Politik, die dem Lande inneres schwerere Belastungen aufbürdete, statt ihr die im Kriege versprochenen Erleichterungen zu bringen, trotz regelmäßiger Sonntagspredigten, ständig an Boden verlor. Im besonderen die Kabelbrücken Schlieffens, die in Frankreich besonders breit gelagert sind, verloren die Lust am „bloc national". Der schnelle Sturz des Franken Anfang dieses Jahres, der jeden Rentner um seine ersparten Groschen zittern ließ, blieb eindrucksvoller als der Ausfall der deutschen Wahlen. Die Schwerindustrie, die infolge ihrer eigenen Schwäche nicht so viel verdienen konnte, wie sie erhofft hatte, legte der Entwicklung der Dinge keine besonderen Schwierigkeiten in den Weg. Poincaré verschwand.

Der Sieg der Linken, die Betonung des kleinbürgerlichen Elementes, gewinnt Frankreich mit einem Schlage das Vertrauen des Auslandes zurück. Die Stützungsaktion Morgans hat im Zusammenhang damit ein Uebriges getan, während die Schwerindustrie vorläufig nicht einen Punkt ihrer rechtsrheinischen Ansprüche aufzugeben braucht.

Denn — und damit kommen wir auf die gestellte Fragen zurück — der neue Ministerpräsident Heriot hat bereits erklärt, daß eine Aenderung der französischen auswärtigen Politik nicht zu erwarten sei. Frankreich werde sich nicht bedingungslos an der Ruhr zurückziehen und von Deutschland werde man mehr verlangen, als daß es den Finanzbericht nur mit dem Munde annehme. Das deutsche Kapital hat also auch von einer linksorientierten Regierung keine wesentlichen Erleichterungen zu erwarten.

Da das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland der Angelpunkt aller übrigen Fragen ist, so kann man sagen, mit einiger Bestimmtheit behaupten, daß sich in Frankreich selbst nach dem Sieg der Linken nichts ändern wird. Diese nüchterne Feststellung ist notwendig, gegenüber dem ungeheuren Interesse, daß die deutsche Presse von ihren Lesern für die Vorgänge in Frankreich beanspruscht.

Allerdings eine hat Heriot doch in Aussicht gestellt: die der jure Anerkennung der russischen Sowjetrepublik, Errichtung von Handelsvertretungen und Geschäftsabschlüsse. Ein Grund, in Rußland von dieser Regierung restlos begeistert zu sein. In der Tat, es wäre auch nicht einzusehen, warum sich diese beiden Republiken nicht die Hand reichen sollten in dem Moment, wo sie einsehen, daß sich Geschäfte miteinander machen lassen.

Das deutsche Proletariat hat keine Ursache, sich über die Ereignisse in Frankreich irgendwie zu erregen. Lobe meinte zwar auf dem Parteitag der SPD., das Sachverständigengutachten sei für das Proletariat ein ausgezeichneter Weg zum Weltfrieden zu gelangen. Ohne der SPD. zu präsidieren, die im Kampf gegen dieses Gutachten einen „Hebel" sieht, glauben wir, daß zu dem proletarischen Weltfrieden, zu dem das Gutachten führt, der Völkerbund aller linksregierten Länder wohl den Leichenstein stiften wird.

Jurij Lutowinow

Mit der Wiederherstellung des Kapitalismus im Bilde der Nep hat sich die bolschewistische Partei, um ihre Macht zu behalten, gleich zu den neuen Verhältnissen der Klassenkräfte in Rußland angepaßt. Das Beibehalten der Macht in ihren Händen, heißt nicht Beibehalten der Macht in den Händen des Proletariats. Obgleich dasselbe schon lange vor der Einführung der Nep viele von seinen Stellungen verloren hatte, obgleich es von der direkten Teilnahme an der Regierung des Landes herausgedrängt und seine Diktatur durch die Diktatur der bolschewistischen Partei ersetzt wurde und die Rückständigkeit gesellschaftlicher Verhältnisse in Rußland, so, trotzdem, verteidigte ihre (der bolschewistischen Partei) Politik in der ersten Zeit die Interessen des Proletariats und begeisterte sich an der restlosen Vernichtung der Bourgeoisie des Proletariats — des Kapitalismus; nach der Wendung aber zur Nep wurde ihre (der bolschewistischen Partei) Politik von den Interessen des Staats- und Privatkapitals bestimmt. Mit Annahme der Grundforderungen der Kleinbourgeoisie, mit den Bauern an der Spitze: Freiheit des Handels, Freiheit der Privatinitiative, stellte die bolschewistische Partei sich selbst und den Staatsapparat in ihren Dienst. Das kann nicht durch die Tatsache widersprochen werden, daß das Staatskapital in Konflikte mit dem Privatkapital gerät.

Der Staatsapparat — bei unentwickelten Klassengegensätzen und Machtlosigkeit der einzelnen Klassen sich seiner zu bemächtigen — zeigt immer und überall, wie gesagt, Bestrebungen nach Selbständigkeit. In Rußland wird dieser Erscheinung noch dadurch geholfen, daß der Staat gleichzeitig der größte Kapitalist ist. Die bolschewistische und die Staatsbürokratie haben Interesse an der Entwicklung der Staatskapitalismus, weil er die Grundlage ist für das „über den Klassen" waltende Existieren, für die „Selbständigkeit" und „Allmächtigkeit" der Staatsbürokratie. Deswegen reinen die Erfolge des Privatkapitals, dessen Blüte die Verarmung und Expropriation des Staatskapitalismus bedeuten und damit die Liquidierung der „Selbständigkeit" und „Allmächtigkeit" der Bürokratie. Darum der Kampf des Staates gegen das Privatkapital: einmal als Konkurrenten auf dem Absatzmarkte, ein andermal als Anwärter der Macht.

Die Grundinteressen des Privat- und des Staatskapitalismus sind die gleichen, wie das der Fall bei allen Kapitalisten ist, obgleich sie miteinander konkurrieren; das Staatskapital und das Privatkapital sind sich einig in der Unterstützung und Förderung der kapitalistischen Verhältnisse. Sie ergänzen sich einander: das Privatkapital ist eine notwendige Bedingung für das Weiterlaufen des Staatskapitalismus. Das gesteht von Zeit zu Zeit auch die bolschewistische Presse: „Für uns ist bedingungslos ungünstig, wenn das Privatkapital, keine Anwendung findend, vom Handelsumlauf verschwindet und sich wiederum unterirdisch verbirgt."

Ein solches Hinausgehen wird sich jederzeit krankhaft auf die Marktkonjunktur auswirken und noch mehr im Moment, wo man die Gläubigerin ähnlich, die eine Mobilmachung der Kapitalien verlangt. Außerdem ist das Ausweichen von Kapitalien aus dem Geldumlauf unvermeidlich die Steuereinkünfte beeinflussen, da die Kapitalien, die im Umlauf nicht zu sehen sind, sich einer Berechnung und Besteuerung sehr schwer unterwerfen lassen." („Trud", 6. Mai 1924.)

Also, das Privatkapital schreckt die Staatsbürokratie, ihren Staatskapitalismus und die Autoren von verschiedenen Utopien, die Stärker nur gleichsam bedeuten seine Vernichtung, weil es notwendig ist für die ökonomische Entwicklung und für das Existieren des Staatskapitalismus selbst. Einmal, aber, schon ein Umsatz „zugelassen", drängt das Privatkapital, dank seiner Beweglichkeit und Konkurrenzfähigkeit die Bürokratischen Staatskapitalismus zurück, ergreift immer und immer größere Gebiete des ökonomischen Lebens und dadurch erhebt es noch mehr die ökonomische und politische Notwendigkeit und Unentbehrlichkeit seiner Existenz. Das Privatkapital in Rußland ist nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch notwendig; es ist notwendig für das gute Funktionieren des Staatsapparates, für das Glück und die Allmächtigkeit der bolschewistischen Kommissare, weil es ein Steuerzahler ist und weil von der von ihm geschaffenen Konjunktur des Staatsbudget, die ökonomische Entwicklung und der Klassenfriede abhängt. Dadurch wird die bolschewistische Glückseligkeit mit der Glückseligkeit des Privatkapitals verbunden. Und dann kommt das Paradoxe: um ihre „revolutionäre" Macht und die „Errungenschaften" der Oktoberrevolution zu retten, ist die bolschewistische Partei gezwungen, in ihrer Politik auch die Interessen der sich neu entwickelten Bourgeoisie zu verteidigen und durchzuführen, obgleich, daß sie in ihrer (der Bourgeoisie) Entwicklung ihren Tod und ihre Entartung sieht.

Hier müssen wir noch hinzufügen, daß sogar die Politik des Staatskapitalismus, die a n s c h i e n e n d nur dem Privatkapital befeindet ist, in Wirklichkeit eine der Interessen der neuen Bourgeoisie entsprechende Politik ist. Es ist bekannt, daß das Wesen des Staatskapitalismus darin besteht, daß der Staat in seinen Händen die Großindustrie und den Außenhandel hat. Das Verbleiben der Großindustrie in den Händen der Staatsbürokratie vernichtet ihre Konkurrenzfähigkeit — infolge des großen, nichtproduktiven Ausgaben und ihrer teueren Produktion —, so daß die Kleinindustrie die Möglichkeit sich zu entwickeln bekommt. Die hohen Preise der Waren der Staatsindustrie garantieren große Gewinne für die Kleinindustrie und für das Handelskapital, und dadurch auch eine schnelle kapitalistische Akkumulation. Die Staatsmonopol des Außenhandels, das die Bolschewiki „sozialistischer (!) Protektionismus" nennen, hat die Aufgabe, die Staatsbürokratie gesichert zu stellen, daß sie sich auf dem Boden der Tatsachen mit dem einzigen Unterschied, daß sie den Boden der Gegenrevolution mit allen Mitteln schützt. Den Boden der Revolution betrachtet sie als etwas provisorisches, den der Gegenrevolution als etwas feststehendes. Noch am 4. November 1918 heißt es in einem Aufruf des Parteivorstandes:

„Um unbesonnenen Streichen kann einzelnen von euch und der Gesamtheit nur namenloses Unglück erwachsen. Aktionen, die Erfolg versprechen, müssen von der Gesamtheit der Arbeiter getragen sein. Für solche ist jetzt aber der Augenblick noch nicht da. Folgt darum keiner Parole, die von einer unverantwortlichen Minderheit ausgegeben wird."

Und die Mannheimer „Volksstimme" schreibt noch am 8. November 1918:

„Einen Sturm zurzeit schon die Möglichkeit gegeben, Deutschland zu einer Republik umzustellen, wir hätten keinen Augenblick gezögert, die republikanische Fahne zu entrollen und für sie in den Kampf einzutreten. Aber diese Möglichkeit ist nicht vorhanden, die Mehrheit der Bevölkerung will also auch von einer linksorientierten Regierung keine wesentlichen Erleichterungen zu erwarten.

Das deutsche Proletariat hat keine Ursache, sich über die Ereignisse in Frankreich irgendwie zu erregen. Lobe meinte zwar auf dem Parteitag der SPD., das Sachverständigengutachten sei für das Proletariat ein ausgezeichneter Weg zum Weltfrieden zu gelangen. Ohne der SPD. zu präsidieren, die im Kampf gegen dieses Gutachten einen „Hebel" sieht, glauben wir, daß zu dem proletarischen Weltfrieden, zu dem das Gutachten führt, der Völkerbund aller linksregierten Länder wohl den Leichenstein stiften wird.

Leichensteine der Revolution

Parteitag der VSPD.

Am 11. Juni trat im Saale des preußischen Landtages in Berlin, der erste Parteitag der VSPD. nach ihrer Vereinigung mit der USP. zusammen. Die Partei der Arbeiter, die Partei des Marxismus und des Sozialismus, wie sie sich selbst noch großspurig nennt. Vor den Wahlen hatte man es nicht gewagt, zusammenzutreten, denn noch zuviel frische Wunden schmerzten bei der Mitgliedschaft. Man mußte erst durch die Wahlpsychose die Mitglieder (nun (unempfindlich) für die gewesenen und kommenden Gemeinheiten der Fraktion, der altbewährten Führer machen, die immer von zwei Uebeln das Kleinere fürs Proletariat wählen; denn das ihre Tätigkeit vom Uebel ist und sein muß, das bestreitet man schon gar nicht mehr. Die Masse verlangt, daß auch für das Heute gesorgt wird unbeachtet dessen, was morgen kommt, so sprach August Bebel gegen Engels als Parlamentarier, sagte Hermann Müller als Berichterstatter der Fraktion des alten Reichstags. Demnach wären also die Ermächtigungsgesetze daver wird verscharren müssen, damit sein Gestank nicht noch die Umwelt verpestet. Ob derselbe dann noch einen Steinsarg bedarf, soll nicht eine Sekunde vom Proletariat diskutiert werden.

Die vielen Oppositionsreden, die in je zehn Minuten noch gehalten werden, mögen wohl viele SPD.-Proletarier irritieren, doch an den Gang der Dinge nichts ändern können. Die Ablehnung eines Korreferenten zu den Berichten des Vorstandes hat klar bewiesen, daß die alten Recken noch fest im Sattel sitzen und dies auch immer wieder der Fall sein wird, weil eben die ganze Parteimaschinerie genau wie die bürgerliche Staatsmaschine aufgebaut ist. Da wird auch der leidenschaftlichste Protest der Berliner Organisation nichts ändern.

Doch die Rettung dieser Republik unter allen Umständen heißt in der Praxis natürlich nichts weiter, als die Vernichtung der oberflächigen Presser, die in dieser Republik nicht mehr satt gemacht werden können. Mit dem Zerfall der Wirtschaft zerfällt auch naturnotwendig dieses Gebilde der VSPD. Aller äußerlich aufgemachte Prunk und die Großtätigkeit der Regie können nicht über die Fäulnis hinwegtäuschen und dieser Parteitag ist eine Etappe auf dem Wege zum Schindanger der Geschichte, wo das revolutionäre Proletariat den Kadaver wird verscharren müssen, damit sein Gestank nicht noch die Umwelt verpestet. Ob derselbe dann noch einen Steinsarg bedarf, soll nicht eine Sekunde vom Proletariat diskutiert werden.

Grundsteinlegung der KPD.

Die Gedenksteine der Faschisten haben es ihr angetan. Ueberall Gedenktage der Kameraden von dem und dem Regiment, überall Einweihung und Enthüllung von einer Kasemotte, worauf steht, zum Andenken an die und die Kameraden. Was die Bourgeoisie, was das Kleinbürgertum tut, muß natürlich auch sie tun, die immer, immer auch etwas dem Proletariat als Abweichung bieten muß, die Kommunistische Partei Deutschlands. Die Antifaschistentage, die Roten Tage sind augenblicklich etwas überholt, nicht mehr ausgekräftig genug. Auch der parlamentarische Firlefanz sieht nicht mehr. Also beschwört man rasch die Toten und da ihr Todestag noch etwas lange hin ist, nimmt man zur Abwechslung eben den Tag des Leichenbegängnisses.

Rosa Luxemburgs Leichenbegängnis hatte am 13. Juni 1919 hunderttausende Berliner Proletarier auf die Beine gebracht. Impulsiv und instinktiv empfanden sie es, daß damit eine ihrer größten Vorkämpferinnen zu Grabe getragen wurde, nachdem die viehische Ermordung von einer bestialischen, besoffenen und tierisch verrohten Soldateska am 15. Januar mit Karl Liebknecht zusammen das revolutionäre Proletariat bleich erschrecken ließ.

Viele der damaligen Führer des Spartakusbundes sind bei der offenen Konterrevolution gelandet. Das Proletariat glaubte noch 1919 an einen schnellen und leichten Sieg der Revolution. Heute steht es unschlüssig den riesigen Aufgaben der proletarischen, seiner Revolution, gegenüber. Große Teile haben noch nicht mal den wahren Feind erkannt, im Gegenteil, sind den Einflüsterungen der alten reaktionären Mächte aufs neue erlegen.

Ein großer Teil des Proletariats schaut zurück und wie oft hören wir die Aussprüche: Ja, wenn Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg noch leben würden, dann wäre es wohl anders bestellt um die Arbeiterbewegung in Deutschland. Doch darüber streiten, ist müßig. Nicht um woran oder aber kann sich das revolutionäre Proletariat kümmern, sondern vorwärts den Blick gerichtet, nicht vorwärt zurückschauen, was gewesen ist, sondern unerschrocken und fortwährend die Waffen kritisch beschauen und ändern, wenn sie sich als stumpf und unbrauchbar erwiesen haben im proletarischen Befreiungskampf.

Wohl soll das Proletariat nie seine Toten vergessen. Es wird dies auch nie tun. Aber, was das Proletariat ehrlichen muß ist, daß der Idee der Faschisten mit ihren dort und dort je einen Stein setzen, krampfhaft dies von einer revolutionär sein wollenden Organisation nachgeäfft wird und man wahllos einen Tag, den man denn zwei Tage noch verschiebt, damit nur der Sonntag draus wird, herausgreift.

Nicht der Begräbnistag von Rosa Luxemburg ist dem Proletariat heilig, sondern in erster Linie ihr Werk, ihr Wirken, ihre selbstlose Hingabe an die proletarische Revolution, sowie das Wirken aller, aller gefallenen Revolutionäre.

Derer wir aber am besten dadurch gedenken, daß wir mit in rastlosem Eifer nacheifern, das begonnene und vollendend, was sie so todesmutig angefangen. Wir haben einfach keine Zeit, Komitees zu bilden, um Geldfonds für Leichensteine zu verwalten.

Die revolutionäre Proletariat muß vielmehr mit alles daransetzen, um die Grundsteine in die Betriebe zu legen, die revolutionären Betriebsorganisationen, die das Schwert zur Vernichtung des Klassengegners und zugleich den Pflug zur Bearbeitung der neuen Wirtschaft darstellen.

Arbeiter! Proletarier!

Die Zeit ist ernst. Es ist keine Zeit zu verlieren. Unsere Parole sei, nicht Leichensteine auf den Friedhöfen, sondern Grundsteine in die Betriebe legen. Noch immer gilt das Marxsche Wort:

„Die soziale Revolution des neunzehnten Jahrhunderts kann ihre Poesie nicht aus der Vergangenheit schöpfen, sondern nur aus der Zukunft. Sie kann nicht mit sich selbst beginnen, bevor sie alles Abergläubische an der Vergangenheit abgestreift hat. Die früheren Revolutionen bedurften der weltgeschichtlichen Rückerinnerungen, um sich über ihren eigenen Inhalt zu betäuben. Die Revolutionen des neunzehnten Jahrhunderts muß die Toten ihre Toten begraben lassen, um bei ihrem eigenen Inhalt anzukommen. Dort ging die Phrase über den Inhalt, hier geht der Inhalt über die Phrase hinaus."

Gedenkt der Klassenkämpfer hinter den Kerkermauern! Sammelt und zeichnet auf die Listen der VRUK Vereinigten Revolutionären Unterstützungs-Kommissionen

zu haben, beweist die einfach bornierte Feststellung, daß früher das Parlament ein Debattierklub war, während heut das Parlament alles kann, wenn es nur will. Doch Hermann Müller sagte noch: das Wort Klassenkampf kehrt in einer ganzen Reihe von Resolutionen wieder, das hat mich sehr betrübt. Was wir dem Burschen sehr gern glauben wollen. Sehr often war auch die Feststellung: Demokratie und Belagerungszustand schließen sich an sich nicht aus. Was übrigens stimmt und womit alles gesagt ist; denn wahre kapitalistische Demokratie ohne Belagerungszustand ist undenkbar, nein, der Belagerungszustand in Permanenz ist ja erst die vollendete Demokratie. Fragt nur Ebert.

Ueber die Programmkommission berichtete Braun und erklärte, daß das Programm leider noch nicht fertig sei, vor allem wohl darum, weil der alte Kautsky, der Vorsitzende der Programmkommission, viel krank und darum viel im Ausland ist. Sollte dies allein der Grund sein? In Oktober 1920 fand die Einigungsparteitag statt. Also in eindreivierteil Jahren hatte man nicht Zeit, sich ein Programm zu schaffen? Sollte es nicht wahrscheinlicher sein, daß die VSPD. nicht wagen kann, sich programmatisch festzulegen, um nicht ihre ganze historische Zwiespältigkeit und taktische Haltlosigkeit vor aller Welt zu enthüllen?

Charakteristisch war ja Weis in der Feststellung, worin das Wesen einer Partei besteht, nämlich nicht etwa darin, daß alle einer Meinung sind, das ist unmöglich, sondern, daß jeder nach rechts oder links seine Stellung frei wählen kann, ohne an eine Schranke gebunden zu sein. Darum braucht man auch kein Programm. In der Praxis sieht die Bewegungsfreiheit so aus, daß der eine Teil, daß sind die Satten, nach rechts sich frei bewegen und in den Standgerichten neben dem weißgardistischen Idiotenschädel ihrem Mann stehen gegen sozialistische Arbeiter, denen Sozialismus innerer Erleben und nicht bürgerliche gutsituierte Existenz ist und die darum auch mit ihren Klassengenossen gegen das Kapital immer wieder den Kampf aufnehmen. Der andere Teil der Bürokratie und des Führertums, denn diese sind nur gemeint, bewegt sich auch nach links und dies eben die sonst ohne diese kleine Einschwenkung glatt unter die Räder kommen würden. Darum hat in dieser Partei, die trotz ihrer Größe nur einen alten Kadaver darstellt, tatsächlich ein Nocke, der allen die Knochen kaputt schlagen und ein Pfarrer Bieler, der alle liebevoll umschlingen will, bequem Platz. Was brauchen wir ein Programm, die Hauptsache, es ist für jeden soviel Platz, daß er nicht gegen die Obrigkeit stößt; denn die hat keine Lust, sich mit umstürzen Sachen lange zu befassen. Zur Diskussion meldeten sich 44 Redner. Sie dürfen jeder 10 Minuten reden. Was in diesen zehn Minuten gesagt werden kann, weiß jeder, vor allem auch der Vorstand.

Die SPD.-Arbeiter werden viel lesen von „ihrem" Parteitag. Jeder wird auf die Opposition achten; denn alle Arbeiter in der SPD. stehen natürlich in Opposition, wie das schon früher so war, bis es mit einmal 1914 anders war. Sogar Ebert soll ausgeschlossen werden, verlangt die Opposition. Doch dies rief den alten Fuchs Scheidemann auf den Plan, der mit väterlichen sanftmütigen Ton diesen Nörglern an Ebert'n zurief: „Habt ihr denn gar kein Bißchen Schamgefühl?" Er erntete er langen, stürmischen Beifall. Seine Ausführungen gipfelten in den Worten: „Die Republik zu retten, koste es, was es wolle, und kämpfen für die Republik mit Leib und Seele, dies ist unsere vollste Verpflichtung."

Die Geschichte unterstreicht noch einmal das von Engels Gesagte:

„Es ist das schlimmste, was dem Führer einer extremen Partei widerfahren kann, wenn er gezwungen wird in eine Epoche die Regierung zu übernehmen, wo die Bewegung noch nicht reif ist für die Herrschaft der Klasse, die er vertritt, und für die Durchführung der Maßregeln, die die Herrschaft dieser Klasse erfordert. Was er tun kann, hängt nicht von seinem Willen ab, sondern von der Höhe, auf die der Gegensatz der verschiedenen Klassen getrieben ist, und von dem Entwicklungsgrad der materiellen Existenzbedingungen, der Produktionsmittel, Verkehrsverhältnisse, auf dem der jedesmalige Entwicklungsgrad der Klassengegensätze beruht. Was er tun soll, was seine eigene Partei von ihm verlangt, hängt wieder nicht von ihm ab, aber auch nicht von dem Entwicklungsgrad der Klassenkämpfer und seiner Bedingungen; er ist gebunden an seine sicherlich Doktrinen und Forderungen, die wieder nicht aus der momentanen Stellung der gesellschaftlichen Klassen gegeneinander und aus dem momentanen, mehr oder weniger zufälligen Stande der Produktions- und Verkehrsverhältnisse hervorgehen, sondern aus seiner größeren oder geringeren Einsicht in die allgemeinen Resultate der gesellschaftlichen und politischen Bewegung. Er findet sich so notwendigerweise in einem unlösbaren Dilemma; was er tun kann, widerspricht seinem ganzen bisherigen Auftreten, seinen Prinzipien und den unmittelbaren Interessen seiner Partei; was er tun soll, ist nicht durchsuführen. Er ist mit einem Wort gezwungen, nicht seine Partei, seine Klasse, sondern die Klasse zu vertreten, die ihre Herrschaft die Bewegung gerade reif ist. Er muß im Interesse der Bewegung selbst die Interessen einer ihm fremden Klasse durchführen und

Großberlin
Kombinierte
Mitgliederversammlung
der KPD. und VKPD.
am Freitag, den 20. Juni, abends 7 Uhr
in Boeters Festsäle, Weberstraße 17
Tagesordnung:
Aufgaben und Taktik der KPD. und VKPD.
Vollzähliges und pünktliches Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.
Ohne Mitgliedsausweis keinen Eintritt.

„Zehn Jahre Sozialdemokratie"

Im Verlag der Viva, Berlin, ist vor kurzem eine 94 Seiten starke Broschüre erschienen „Zehn Jahre Sozialdemokratie", eine Selbstkritik, an der nicht ohne weiteres vorübergegangen werden kann. Sie enthält unfangreiches Material über die Wandlung, welche die Sozialdemokratische Partei in den Jahren 1914 bis 1924 durchgemacht hat. Herausgegeben ist die Schrift von der Kommunistischen Partei.

„Die Geschichte der letzten zehn Jahre in Deutschlande ist zugleich auch die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, die Geschichte einer einst mächtigen Partei, die auf einer gewissen Stufe der Entwicklung angelangt, das Gegenteil von dem wurde, was sie ursprünglich sein sollte, Ihre Schwäche bestand vor dem Kriege schon in der Unkenntnis der historischen Periode, im Nichtbegreifen des Imperialismus, und deshalb auch in dem Mangel jeder äußeren Politik. Diejenigen, die innerhalb der Sozialdemokratie eine Ahnung von dem Imperialismus vor dem Kriege hatten, sind sehr spärlich. Und sie sind alle nicht bei der Sozialdemokratie geblieben.

Wenn die Sozialdemokratie auch als Gesamtpartei und auch als Gesamtbewegung den Imperialismus nicht begriff, so hatte sie wenigstens eine pazifistische Praxis, gab feierliche Versprechungen und erklärte im Manifest gegen Militarismus und Krieg auf dem internationalen Kongreß zu Stuttgart 1907 und zu Basel 1912 den oft zitierten Satz:

Falle der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit aller Kraft dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krisis zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen."

Und noch am 28. Juli 1914 wußte die deutsche Sozialdemokratie, was gespielt wurde und das Manifest des Parteivorstandes von 25. Juli 1914 sagte:

„Kein Tropfen Blut eines deutschen Soldaten darf dem Machtkitzel der österreichischen Machthaber, den imperialistischen Interessen geopfert werden." . . „Die herrschenden Klassen, die euch im Frieden knebeln, verachten, zumuten, sollen euch nicht als Kanonenfutter mißbrauchen. Ueberall muß den Gewaltthabern in die Ohren klingen: Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Kriege! Hoch die internationale Völkerverbrüderung!"

Der Krieg brach aus und am 28. August brachte das sozialistische Arbeiterblatt „Der wahre Jakob" den deutschen Michel mit dem Dreschflegel „Nun, Kinder drauf, jetzt hilft nur noch das Dreschen!" Wir kennen alle die Taten der Sozialdemokratie während des Krieges, es ist fast allen schon genug gesagt worden. Es sei nur nochmals kurz gesagt, als alles mitgemacht hat, die Deportationen in Belgien ebenso wie den U-Bootkrieg, die Frontreisen ebenso wie die Besuche beim deutschen Kaiser im Hauptquartier. Ebser, der in der „völkerbefreienden internationalen Sozialdemokratie eine große Rolle gespielt hat, ist der heutige Redakteur der „Glocke", von Parvus, der Pazifist, Kautzner und Vermittelpolitiker, Herr Robert Breuer. Er schrieb u. B. am 3. Mai 1917 in der „Schaubühne":

„Es will verstanden sein, wenn der Kommentar zum deutschen Heeresbericht, der niemals große Worte gebraucht hat, von diesen tagelangen Kämpfen Nachricht gibt, wie sie nur gegeben werden kann, wenn dort im Feuer unserer Geschütze wirklich Englands beste

seine eigene Klasse mit Pfeife und Tabaksbeutel [illegible] der Betonung abfertigen. Die Proletarier aller Länder [illegible] Klasse ihre eigenen Interessen sind. Wer in dieser [illegible] Stellung gerät, ist unwiderbar verloren."

(Der deutsche Bauernkrieg von Friedrich Engels.)

Das von einem Führer Gesagte gilt auch für eine Partei! Die bolschewistische Partei war gezwungen, um die Macht zu behalten, die „neue ökonomische Politik" zu proklamieren, d. h. das zu machen, was die ökonomische Entwicklung Rußlands diktierte. Das aber machend, macht sie die Sache der russischen Bourgeoisie. Und das Proletariat, in deren Namen sie regieren will, fährt sie mit Versprechungen und Demagogie. Als sein Lohn sinkt, erklärt sie ihm, daß es notwendig sei für seine Herrschaft; als man es von der Fabrik auf die Straße hinauswirft, tröstet sie es, daß es seinen weiteren Interessen entspricht, daß es im Interesse seiner Befreiung sei; als sie das Getreide ausführt und die Preise des inneren Marktes erhöht, die Lage des Proletariats verschlechternd, versichert sie ihm, daß es notwendig sei für seinen Bund mit den Klein- und Mittelbauern und für Behauptung seiner Klassenherrschaft. Wessen Interessen aber diese Politik entspricht, sieht man aus der Tatsache, daß in den Städten die Glückseligkeit der Bourgeoisie parallel mit der Millionenarmee Arbeitsloser wächst, daß in den Dörfern „eine schnelle Pauperisierung der Dorfarmut stattfindet, sitzrisches Bäuerinnen in ökonomischer und dadurch in politischer Abhängigkeit von den reichen und mittleren Bauern" . . . . Die Armutsecke Kraut sich schwelgend hinter den Kopf, die Mittleren sind ratlos und wissen nicht, ob sie der Sowjetmacht huldigen oder auf sie schimpfen sollen, und aus der reichen Geldwechselecke hört man nur „Loch über die existierende Regierung."

(Aus der Rede Sinowjews auf den 13. Kongreß der KPR. — „Prawda", 29. Mai 1924.) (Fortsetzung folgt.)

KPD. und Eisenbahnerstreik

„Die Eisenbahner sind die Gurgel des Staates, und demjenigen der diese Gurgel zudrückt, dem schlage ich die Knochen entzwei.

Noske in Hamburg.

Und sie haben es geglaubt, daß es ein Verbrechen wäre, diesen kapitalistischen Staat die Gurgel zuzudrücken. Sie haben in „Ruhe und Ordnung" gefahren. Sie haben so oft bewiesen, daß dieser kapitalistische Staat sich auf seine Eisenbahner verlassen kann. Der „Dank des Vaterlandes" ist auch den Eisenbahnern gewiß. Sie haben sich auf die Parole der proletarischen Parteien aller Schattierungen damals im Hahnrieige vor den kapitalistischen Profitwagen spannen lassen; haben auch beweisen wollen, daß sie „nationale Eisenbahner" sind, die noch ein Vaterland haben. Und dieses Vaterland läßt sie nun einmütiglich im Stich. Dieser Vater Staat geht heute dazu über und legt die Hand an die Gurgel der Eisenbahner, der gesamten Arbeiterklasse und wird sie mit dem Anspruch des berühmten Professors Gruber zudrücken.

Die Eisenbahner Berlins waren am 11. 6. 24 dem Rufe des „freien Eisenbahner Verbandes" gefolgt, der zu einer öffentlichen Versammlung nach den Sophiensälen eingeladen hatte. Auf der Tagesordnung stand: „Gungerlöhne durch die Verwaltung diktiert. Was nun?

Der Referent der KPD gab über die Situation Bericht. Er ging von der Betrachtung des Ruhrkampfes aus, wo die Eisenbahner im guten Glauben, das richtige zu tun, den passiven Widerstand durchführen halfen. Und heute gibt ihnen dafür der Vater Staat den Dank in „Abbau", längerer Arbeitszeit", „Lohnkürzung" usw.

Ja, man will auf Grund des Sachverständigen-Gutachtens dazu übergehen, die Reichsbahn an das Privatkapital verschachern und dann ist es vorbei mit den „Rechten", die man bis dato als Reichsbeamter immer noch hatte.

So in diesem Sinne sprach der Referent anderthalb Stunden und kam dann zum Schluß auf die Abwehr dieser Maßnahmen zu sprechen. Der „Freie Eisenbahner-Verband" habe an den DEV. und AEV. ein Schreiben gerichtet und habe um mündliche Antwort gebeten. Auf Grund dieses Schreibens wollte man eine einheitliche Kampfbasis schaffen. Der DEV. habe dies abgelehnt. Der REV. könne wohl seinen Mitgliedern und den Eisenbahnern sagen, die Betriebe zu verlassen, aber er werde das nicht tun. Er werde solange warten (?) bis sich der DEV. doch gewungen sieht, durch den Druck seiner Mitglieder den Kampf aufzunehmen.

Ein Genosse der (AdA), zeigte an Hand seiner Ausführungen, daß es heute die Aufgabe der gesamten deutschen Arbeiterklasse ist, zu kämpfen. Aber zu kämpfen, nicht um die Verwirklichung des Achtstundentages, nicht um die 2, 3 oder 10 Pf. „mehr Lohn", sondern die Aufgabe der gesamten deutschen Arbeiterklasse wäre es, den Kampf zu führen gegen den kapitalistischen Staat überhaupt. Wir sehen, daß die einzelnen Gruppen der Proletarier kämpfen (Anilin-, Ruhr- und Textarbeiter und Eisenbahner). Wenn eine tot ist, fängt die andere an; gerade die deutsche Arbeiterklasse hat doch auf Grund dieser Taktik die schwersten Leiden schon durchmachen müssen, aber sie haben anscheinend nichts gelernt, und dabei hat speziell die deutsche Arbeiterschaft, und vor allen Dingen die Eisenbahner einen ganz gewaltigen Anschauungsunterricht.

Genossen! Den Eisenbahnern hat kein anderer wie der Blut-Noske gesagt, daß sie die Gurgel des Staates sind. Nun handelt danach, Eisenbahner. Ruft die gesamte Solidarität der Arbeiterklasse auf, aber nicht, um bei der Bewilligung eurer Forderungen stehen zu bleiben, sondern ihr habt über eure Forderungen hinwegzugehen. Um den Kommunismus geht der Kampf, und dieser Kampf muß geführt werden von der gesamten Arbeiterklasse.

Der sächsische Bergarbeiterstreik geht weiter, und zwar haben am Donnerstag in Lichtenstein (Erzgebirge) Vertreter gegriffen Schiedsspruch abgelehnt. Auch die christlichen Bergarbeiter fällten demselben Entschluß.

Bergbau-Streiks gegen die Kalliindustrie. Die „Gesundgemachte" scheint immer gesteuerte Formen. So fängt die Kalliindustrie an stillzulegen, und zwar folgende Werke:

Die Leitung der verbundenen Kaliwerke Wintershall, Deutsche Kaliwerke und Glückauf-Sondershausen, haben bekanntlich nach vorangegangener Befahrung durch die Betriebsrätekommission, angeblich der schlechten Finanz- und Wirtschaftslage folgende Werke stillgelegt: Von Wintershall: Gewerkschaft Hohlstedt und Gewerkschaft Gebra und Leine, von Deutschen Kaliwerken Sondershausen Kaliwerk Schacht 1 und 2, Leopoldshall, Gewerkschaft Immenrode, Chemische Fabriken Wolkramshausen, Gewerkschaft Stadtoldendorf, Werk Neuhof-Ellas, Carlsfund, Schacht 1 und 3, Kaliwerk, Abteilung Bernburg. Vom Glückauf-Konzern: Gewerkschaft Glückauf Sondershausen, Schacht 3 und 4, Kaliwerk Großherzog von Sachsen. Die Bezirke und Arbeiter der stillgelegten Werke sind an dem sächsischen Kündigungsstreik beteiligt.

Eisenbahnerstreik in Griechenland. Die Eisenbahner des Peloponnes und Thessaliens sind in den Streik getreten. Der Kriegsminister hat darauf einen Mobilisationsbefehl für alle griechischen Eisenbahner erlassen.

Der Mordversuch an Seeckt

Angeklagt und verhaftet sind:

1. Dr. Grandel, Fabrikant aus Augsburg;
2. Alexander Thormann, Sohn eines Arbeiters, war selbst Arbeiter, Emporkömmling, vertraut, dann Organisationsmonsul, Rotfrontler, Bundes Eichhard.

Die wichtigsten „Zeugen" sind:

1. von Tettenborn, Sekretär der Deutschvölkischen Freiheitspartei, früher Offizier, dann politischer Hochstapler;
2. Justizrat Claß, Rechtsanwalt in Berlin;
3. Herr Gilbert, Hauptmann a. D., Inhaber eines politischen „Nachrichtenbüros", „Vertrauensmann" des Reichskommissars für öffentliche Sicherheit.

Diese fünf bezeichnen sich gegenseitig als Schuft, Geldschneider, Spitzel und Lump.

Die medizinischen Sachverständigen bezeichnen sie als minderwertig.

Um langen Erörterungen aus dem Wege zu gehen: Wir schließen uns diesen Urteilen an.

Herr Thormann kam am 3. Januar 1924 nach Berlin, um „Arbeit zu suchen". So ganz nebenbei suchte er auch Tettenborn auf, im Auftrage „bayerischer Kreise" und im ausgesprochenen Auftrage Ludendorffs. Er hat vor dem Münchener Novemberputsch 15 000 Hitlermanschaften verpflegt, von den Bauern rangeholt, „ohne einen Pfennig Geld". Damals, während der wütesten Inflation rechneten diese Kreise nämlich mit Dollars, mit echten amerikanischen. Das hielt er nicht so wichtig, daß er dem Gericht mitteilte. 4000 dieser Scheinchen, die er für ähnliche Zwecke, wie für die Beseitigung Seeckts opferte, zeigen wir davon. Auch Tettenborn, dem Sekretär der Partei, gab er Geld, der „Arbeit suchende". Zu Tettenborn meint er, daß Seeckt der Komplice Eberts und das nationale Unglück Deutschlands sei. Tettenborn (der Zeuge!) macht ihm den Vorschlag, Seeckt zu beseitigen.

Dr. Grandel war „zufällig" in Berlin, traf Thormann „zufällig", finanzierte die Sache pofort, war Organisator und Teilnehmer verschiedener Zusammenkünfte, die sich mit Seeckts Beseitigung befaßten.

Justizrat Claß war die Korrespondenzzentrale. Eine Reihe bei ihm vorgefundener Briefe, die er teils selbst geschrieben, teils vermittelt und beantwortet hat, erhellen die Sache etwas. Der Generalstaatsanwalt liest daraus vor:

„Die gründliche Ueberzeugung muß unter allen Umständen verbreitet werden, daß Seeckt beseitigt werden muß, Neuwahlen zu Leibe gehen. Unser Ziel ist dasselbe geblieben und wird mit Militär weiter verfolgt. Vielleicht führt der Weg zum Ziel."

Ein anderen Brief:

„Seeckt ist der Schildhalter Eberts. Seeckt hat sich durch das Bekenntnis der Legalität das Urteil gesprochen. Seeckt ist jetzt nicht mehr in Frage. Sein Rätsel ist gelöst. Er ist die verhängnisvolle Persönlichkeit, die die Beseitigung der unheilvollen Zustände verhindert."

Justizrat Claß: „Jawohl, das ist meine Ansicht heute noch."

Der Generalstaatsanwalt liest noch weitere Briefe vor, die ganz eindeutig beweisen, was die Herrschaften planten. Der Vorsitzende des Gerichts bittet denselben, keine weiteren Briefe zu verlesen. Dies unterbleibt denn auch. Claß war bei Seeckt, und versuchte ihn für die völkischen Pläne zu gewinnen. Seeckt gab ihm zur Antwort:

„Ach, ich würde gegen rechts ebenso rücksichtslos schießen, wie gegen Kommunisten."

Hierauf, und weil Seeckts Frau noch Jüdin ist, nach völkischen Begriffen, kam Thormann von München nach Berlin und traf hier „zufällig" Grandel. Justizrat Claß ist ebenfalls Zeuge!

Interessant für die Beamten der Demokratie ist noch, daß verschiedene Besprechungen im Beisein des Regierungsrats Mühleisen vom Ministerium für öffentliche Sicherheit und Genosse Bennisen Gilbert, stattfanden. Tettenborn, der als der klugste Kopf dieser Gesellschaft bezeichnet wird, sicherte sich. Er hinterlegte bei Gilbert, der die Waffe beschaffte (!) einen offenen Brief, in dem er sich sicherte, für den Fall, daß die Sache an die Oeffentlichkeit kommen sollte. Und der Brief kam prompt an die Oeffentlichkeit, nachdem die Sache schief ging und rucbbar wurde. Auch Mühleisen war Zeuge!

Der Reichskommissar für öffentliche Sicherheit war mit von der Partie. „Genosse" Richter nicht. Nach Aussage der „Sicherheits"-Beamten gab man ihn nicht für „zuverlässig". Der Reichskommissar für öffentliche Sicherheit hält also Ja nicht dicht. Der oberste Spitzelkommissar Weiß, heißt mit Vornamen leider! In wieder sagt vor Gericht aus, daß der Vertrauensmann des Sicherheitskommissars, Gilbert, ein Mensch sei, dem man „nicht über den Weg trauen dürfe", „ein weiß Spitzel"! Es habe die „Waffenfunde der Kommunisten" organisiert, aber so Dinge, daß mit der Sache nichts zu machen war; aus eine Kasse habe er 100 000 Mark gestohlen. Weiß verweigert aber die Aussage, von wo Gilbert bezahlt wird. — Aber an anderer Stelle sagt er: Es würden manchen die Augen übergehen, wenn die Akten, ja ihre Archive offnete. — Ueber den Gilbert, sagt der Direktor der Lehmann Metall A.-G. noch aus, daß er diesen auf Empfehlung einer Detektei als Sekretär eingestellt habe, um einer Betriebssabotage auf die Spur zu kommen. Bald aber habe sich Gilbert Betriebsrien und Diebereien schuldig gemacht. Er sei ein Mensch, der kein Mittel scheut, um an sein Ziel zu gelangen.

Eine Zierde der Demokratie, ein Schmuckstück, daß in diesen Staat paßt; ist der Herr Mühleisen. Der Generalstaatsanwalt weiß, was er der Oeffentlichkeit schuldig ist und examiniert diesen republikanischen höheren Musterbeamten. Den Reichsbeamten für die öffentliche Ordnung, warum er keine Anzeige bei der Polizei erhaltet habe. Jetzt spielt sich folgendes ab:

Justizrat Hahn: „Was geschah in Treptes (des Zeugen!) Wohnung in Ihrer Gegenwart? Wie war es mit der Pistole?

Mühleisen: Ich habe sie gegeben, da Thormann sonst mißtrauisch geworden wäre. Wir hatten Interesse, die Sache zu fördern, damit sie steigen konnte.

Justizrat Hahn: Hat der Reichskommissar 50 Dollar bekommen, die Tettenborn erhalten hatte? Tettenborn erklärte, er hätte alle Ausgaben gegeben.

Mühleisen: Ich will dazu nicht als angeschlossen halten, aber ich weiß gar nichts mehr (Bewegung im Saal).

Dies ist das wahre Gesicht der Demokratie. So sehen die Leute aus, die — zu folge waren, den Mord auszuführen, aber aus dem Mordversuch Geld machten, die sich einen anderen kauften, einen gewissen Köppke (der selbstverständlich auch als Zeuge fungierte!), dem einen Teil des Geldes und die Pistole in die Hand drückten. Köppke war vielleicht der gleiche, der an dem Seeckt gar kein Interesse hatte, ein desto größeres aber an dem Geld. Deshalb der Prozeß.

Das Gericht beschloß in seinem Beschluß, alle diese Zeugen zu vereidigen. Denn der Eid ist heilig. So heilig, diese Demokratie mit ihrem Reichskommissariat für öffentliche Ordnung und immer sozialdemokratischen Ja. So heilig, wie das vierschrötigste Tier, das um des bißchen bürgerliche Journaille bis zum „Vorwärts" sein schäbiges Stück Geld verdiente.

Um nicht ungerecht zu sein: Die Mitarbeiter der „Roten Fahne", Graf Reventlow, arbeiteten hier auch mit. Mit seinem Geld (vielleicht mit seinem Honorar von der „Fahne"?) und seinem Einfluß versuchte er während der Untersuchung, die Zeugen (wirklich die Zeugen) und auch die „Angeklagten" reinzuwaschen.

Und das Gericht mit seinem Generalstaatsanwalt und der sozialdemokratischen Berliner Polizeidirektion weigerten sich, diese „Zeugen" zu verhaften, obwohl einige sogar zusammen eine Wohnung haben. Deshalb klappte alles programmäßig.

Selbstverständlich endete die ganze Komödie mit einer Freisprechung. Denn wer sollte wohl verurteilt werden? Wird sich jemand freiwillig verurteilen.

Wir wollen hier keine Untersuchung anstellen, wieviel Jahre oder Jahrzehnte Kerker während dieses Theaters über Proletarier verhängt werden, weil sie gegen die Gesetze dieser Ehren-Demokratie verstießen.

Durch diesen Freispruch wird die „Normalisierung der Typen" gekennzeichnet. Sie gleichen sich. Einer ist wie der andere, einer kann dem anderen nichts mehr, auch nicht, wenn einer aus den eigenen Reihen ein bißchen abgemurkst werden sollte. Auf die Anstiftung zum Mord steht nach den bürgerlichen Gesetzen der Tod. An dieser Anstiftung ist die ganze untergehende Gesellschaftsordnung beteiligt. Das Proletariat muß der Vollstrecker des Urteils sein. Bevor diese Pestbeule die gesamte lebende Proletariergeneration vergiftet.

Die deutsche Textilindustrie flüchtet ins Ausland. Die seit langen Jahren bestehende Bandfirma Alb. Johann jun., Wermelskirchen, will, wie der „Konfektionär" erfährt, einen Teil ihres Betriebes nach einer Vorstadt von Rio de Janeiro (Brasilien) verlegen und dort zunächst 80 Stühle aufstellen. Verschiedene Meister sind schon abgereist. Die Chefs und die anderen Arbeiter werden demnächst folgen. Der Betrieb soll im übrigen mit einheimischen Arbeitskräften durchgeführt werden. — Auch eine große Liegnitzer Wollwarenfirma will in Südamerika einen Betrieb errichten, um durch Verarbeitung der Rohwolle an Ort und Stelle, die Herstellungskosten billiger zu gestalten.

Vertikale Konzentration auch in Frankreichs Textilindustrie. Unter der Führung des Industriellen Ledoulx, Inhaber großer Appretur- und Färbereianstalten im Vogesengebiet, ist die französische Textilindustrie schon seit Jahren auf Ausdehnung ihrer Tätigkeit über alle Branchen ausgebreitet, die ihren Fabrikationsprozeß berühren. Neuerdings hat zum der Lederlin-Trust die Textilwerke Crafton, die hauptsächlich Färberei- und Druckereibetriebe unterhalten, für den Betrag von 65 Millionen Frank käuflich erworben und somit das letzte größere unabhängige Veredlungswerk sich angegliedert. Auch in der Webereiindustrie sind gleiche Konzentrierungsbestrebungen zu beobachten.

Bauernrevolte in Italien. Um gegen die Anwendung des neuen Steuergesetzes zu protestieren, erstürmten Bauern aus den umliegenden Ortschaften die Bürgermeisterei von Teano, zerstörten das Zollbüro, und nur mit Mühe konnte der Kommissarverwalter von Teano der wütenden Volksmenge entgehen. 2 Kommissare und 2 Polizisten wurden verletzt. Der Vizepräfekt von Caferta ist in Teano mit Truppen und Polizeiverstärkungen eingetroffen.

Der Aufstand in Albanien. Der Präsident der albanischen Nationalversammlung wurde in Tirana von den Anhängern der Aufständischen ermordet.

Aus der Bewegung

Am 8. Juni fand in Zwickau die kombinierte Bezirkskonferenz der KAPD. und AAU. vom Bezirk Sachsen statt. Vertreter der Einheitsorganisation. Die Tagesordnung lautete: Zwickau, Chemnitz, Leipzig, Dresden. — Es fehlten Hohenstein-Ernstthal, Plauen und Zittau. Als Gast war erschienen ein Vertreter der Einheitsorganisation. Die Tagesordnung lautete. 1. Politische und wirtschaftliche Lage und die Aufgaben der KAP. und AAU. — 2. Organisatorisches. — 3. Jugend.

Zum ersten Punkt referierte ein Genosse aus Berlin, der als Vertreter der Hauptausschüsse gesandt war. Seine Ausführungen lagen in der Linie, die von „Kampfruf" und der „Kommunistischen Arbeiterzeitung" vertreten wird, und worin zu allen wesentlichen Ereignissen gründlichst Stellung genommen wird.

In der darauffolgenden Diskussion wurde durch Beschluß dem Genossen der Einheitsorganisation das Wort erteilt. Der selbe stellte dann die Auffassung der Einheitsorganisation (Rühleinsen) in der Frage der Aktionen Art dar, daß eben der Unionist auf Grund seiner Erkenntnis sich zum Kampfe, daß nicht zum Ziele führen, eben sie auch verneinen soll, d. h. im Augenblick, wo das Proletariat den Betrieb verläßt, den Streikbrecher zu spielen hätte. Die Vertreter der Ortsgruppen traten diesem rotschillernden Gebilde entgegen und betonten, daß Solidarität mit unseren Klassengenossen höchstes Gebot wäre. Was auch der Vertreter aus Berlin noch gründlichst unterstrich.

Im Organisationschen ergab sich, daß der Bezirk arg darniederliegt, was wohl viel auf mangelnde agitatorische Kräfte zurückzuführen ist. Der Jugendfrage soll in Zukunft mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Soweit der Bericht des Referenten. Doch wir hätten den Genossen in Sachsen noch folgendes zu sagen: Es zeugt von einer mangelnden Erkenntnis der programmatischen Grundlage der Organisation, wenn man auf einer Bezirkskonferenz eine gegnerische Organisation zu Worte kommen läßt. Dazu ist unsere Erschiene nach, die Zeit zu kostbar. Mit gegnerischen Organisationen setzt man sich entweder in Betrieb oder in öffentlichen Versammlungen auseinander und nicht dort, wo alle Kräfte auf die Möglichkeit der Stärkung der Organisation geschärft sein müssen. Wo rücksichtslos die Schwächen aufgedeckt werden müssen, wo Selbstkritik vor allem am Platze ist, wo von den Genossen manchmal nicht die einfachsten Grundbegriffe der Organisation erkannt werden, da kann und darf es etwas nicht geschehen vielleicht aus alter Bekanntschaft heraus.

Die Genossen in Sachsen haben allen Grund, endlich sich das gesiegte Rüstzeug zuzulegen. Am allerwichtigsten dürfte die revolutionäre Presse zu bestellen, d. h. auch lesen, durchdenken und dauch handeln, wozu auch das Beziehen gehört. Aus dieser theoretischen Klarheit wird sich auch die organisatorische Vergrößerung und Festigung ergeben. In Arbeit stehende Mitglieder sind verpflichtet, die revolutionäre Zeitung sowie Literatur zu lesen. Ein Mitglied der KAP. und AAU. ohne seine Zeitung, ist wie ein Suppe ohne Salz, eigentlich nicht zu genießen. Genossen in Sachsen! Aus Worte! Ihr habt viel weitzumachen. Nicht immer auf den großen Bruder warten, sondern selbst ist der Mann, und immer noch steht im Anfang die Tat.

Mitteilungen

Jugendgruppe Neukölln. Partei- und Unionsgenossen, schickt eure Kinder zur Jugend. Jeden Mittwoch, abends 7.30 Uhr im Jugendheim, Kaiser-Friedrich-Straße 4.

Verantw. Redakteur und Herausgeber: Kurt Hellwig, Düsseldorf. — Druck: Karl Bergmann, Berlin S 42, Oranienstr. 162.

5. Jahrg. Nr. 47

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mark

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Juni 1924
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29.
(Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49.)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Hoffnungsloser Zustand

Die nach der wilden Inflationsperiode durch die darauf erfolgte Stabilisierung einsetzende Märchenstimmung hat jetzt einer Stimmung Platz gemacht, die mit allem Möglichen verglichen werden kann. Verstummt ist der neunmal kluge Spießer mit seinem breiten Geschwatze, daß, wenn erst mal das Geld beständigen Wert hat, dann läßt es sich schon wieder kaufen und verkaufen, dann läßt sich es auch wieder verdienen, dann leben wir wieder auf usw.

Das Geld hat nun wieder seinen Wert erhalten, d. h. in der deutschen Republik ist eine Währung eingeführt, die fest ist, fest bleiben soll und mit allen Mitteln auch gehalten wird, mag kommen, was da will.

Und es kommt auch, was da will, nämlich der Zusammenbruch der Wirtschaft, wie ihn sich viele heute noch nicht vorstellen können. Die wilde Inflationsepoche hat sie alle getäuscht. Auch die Arbeiterschaft glaubte, daß die Arbeit nicht alle werden kann. Doch als man den dick aufgeschwemmten Wirtschaftsapparat der demokratischen Republik auf seine normale Form versuchte zurückzuführen, da stellte sich heraus, daß er gar nicht mehr normal war, sondern nur noch eine klapprige, vom Wind der Zeit hin und her pendelnde Vogelscheuche darstellte. Gesundungskrise brüllte die Bourgeoisie und brav hallte es in der Presse wieder bis zum „Vorwärts", dem Zentralorgan der sich jetzt wieder SPD. nennenden politischen Organisation, auf die einstmals das Proletariat der Welt mit Stolz geblickt hat.

Die Krise kann nur zur Gesundung führen, wenn wir länger und billiger arbeiten, sagte die Bourgeoisie und brav wiederholte es die Presse bis zum „Vorwärts".

Im Prinzip kann ja der Achtstundentag bestehen bleiben, nur müssen wir praktisch länger arbeiten, sagte die Bourgeoisie und wie an unsichtbaren Fäden gezogen, schwenkte die Pressemeute ein und sozialdemokratische Schlichter und sozialdemokratische Kommissare konnten nicht schnell genug Schiedssprüche verbindlich erklären, die den Zehn- und sogar den Zwölfstundentag als der Zeit entsprechend und für notwendig erklärten im Interesse der Gesundung der Wirtschaft, bis im Interesse des Profits.

Doch auch alle diese Maßnahmen, die mit allen Mitteln, den der Raffinesse und der Gewalt verständlich auch den der Gewalt, durchgeführt wurden, haben sich als untauglich erwiesen auf Grund seiner Erkenntnis von Ursachen und Wirkungen, da sie nicht zum Ziele führen, eben sie auch verneinen soll, d. h. im Augenblick, wo das Proletariat den Betrieb verläßt, den Streikbrecher zu spielen hätte. Die Vertreter der Ortsgruppen traten diesem rotschillernden Gebilde entgegen und betonten, daß Solidarität mit unseren Klassengenossen höchstes Gebot wäre. Was auch der Vertreter aus Berlin noch gründlichst unterstrich.

Im Organisationschen ergab sich, daß der Bezirk arg darniederliegt, was wohl viel auf mangelnde agitatorische Kräfte zurückzuführen ist. Der Jugendfrage soll in Zukunft mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Soweit der Bericht des Referenten. Doch wir hätten den Genossen in Sachsen noch folgendes zu sagen: Es zeugt von einer mangelnden Erkenntnis der programmatischen Grundlage der Organisation, wenn man auf einer Bezirkskonferenz eine gegnerische Organisation zu Worte kommen läßt. Dazu ist unsere Erschiene nach, die Zeit zu kostbar. Mit gegnerischen Organisationen setzt man sich entweder in Betrieb oder in öffentlichen Versammlungen auseinander und nicht dort, wo alle Kräfte auf die Möglichkeit der Stärkung der Organisation geschärft sein müssen. Wo rücksichtslos die Schwächen aufgedeckt werden müssen, wo Selbstkritik vor allem am Platze ist, wo von den Genossen manchmal nicht die einfachsten Grundbegriffe der Organisation erkannt werden, da kann und darf es etwas nicht geschehen vielleicht aus alter Bekanntschaft heraus.

Die Genossen in Sachsen haben allen Grund, endlich sich das gesiegte Rüstzeug zuzulegen. Am allerwichtigsten dürfte die revolutionäre Presse zu bestellen, d. h. auch lesen, durchdenken und dauch handeln, wozu auch das Beziehen gehört. Aus dieser theoretischen Klarheit wird sich auch die organisatorische Vergrößerung und Festigung ergeben. In Arbeit stehende Mitglieder sind verpflichtet, die revolutionäre Zeitung sowie Literatur zu lesen. Ein Mitglied der KAP. und AAU. ohne seine Zeitung, ist wie eine Suppe ohne Salz, eigentlich nicht zu genießen. Genossen in Sachsen! Aus Worte! Ihr habt viel weitzumachen. Nicht immer auf den großen Bruder warten, sondern selbst ist der Mann, und immer noch steht im Anfang die Tat.

Mitteilungen

Jugendgruppe Neukölln. Partei- und Unionsgenossen, schickt eure Kinder zur Jugend. Jeden Mittwoch, abends 7.30 Uhr im Jugendheim, Kaiser-Friedrich-Straße 4.

Verantw. Redakteur und Herausgeber: Kurt Hellwig, Düsseldorf. — Druck: Karl Bergmann, Berlin S 42, Oranienstr. 162.

Die Sanierung

Das Sachverständigengutachten ist vom Reichstag angenommen. Die deutsche Bourgeoisie hat die ersten Früchte geerntet. Die Golddiskontbank hat daraufhin den ersten Kredit von 100 Millionen Goldmark erhalten. Dieser Anfang ist keineswegs mit großem Jubel aufgenommen. Im Gegenteil, die Gleichgültigkeit ist sehr groß. Man fühlt mehr oder weniger, daß der Zusammenbruch nicht aufzuhalten ist. Alle großen Versprechungen nutzen nichts gegenüber der Tatsache, daß die Produktion von Tag zu Tag zurückgeht, der Betrieb nach dem anderen stillgelegt werden muß. Was sollen die Kredite dem helfen, wenn die Produktionskosten sich immer mehr von den Weltmarktpreisen entfernen.

Die amerikanische Krise drückt die Preise für Fertigfabrikate stark herunter. Die Ausfuhr geht mit jedem Monat zurück. Das beste Zeichen für den Zustand der amerikanischen Wirtschaft ist die Lage der Landwirtschaft. Zwei Millionen Farmer sind im Jahre 1922 in die Städte geflüchtet. Im Jahre 1923 erhöhte sich ihre Zahl auf 3 Millionen. Die Farmen sind verlassen. Der Boden liegt brach. Die Stahlproduktion ging von 35 v. H. auf 60 bis 70 v. H. der Leistungsfähigkeit zurück. Viel schlimmer steht es in der Textilindustrie. Am schlechtesten ist die Lage im Bergbau, der nur auf 25 v. H. der Leistungsfähigkeit kommt. Dabei ist Amerika das reichste Land der Welt. Es hat nicht weniger als 4 Milliarden Dollar in Gold aufgehäuft. Die Arbeitslosigkeit nimmt dort täglich zu. Die europäische Krise wirft schon ihre schattenhaften Schatten auf die kapitalistische Hochburg. Aber die Gegerung schreitet fort.

Der Versuch des europäischen Wiederaufbaus deckt erst die Krise in ihrem wahren Umfang auf. Seit 1918 hat das Kapital immer geglaubt, sich auf Kosten des anderen sanieren zu können. Diese Idee war die Frucht der imperialistischen Theorie, daß es nur darauf ankomme, neue Absatzmärkte zu erobern, um die Krise zu beheben. Eine neue Verteilung der Welt war das Ziel der Kämpfer. Jede Nation hoffte, durch Verzichtung der anderen dichter an die Sonne des Profits heranzukommen. Man investierte daher Kapitalien in dem Glauben, sie später doppelt und dreifach wieder hereinholen zu können. Die koloniale Erschließung, d. h. Anebeutung war das Ziel.

Einen schlimmeren Zusammenbruch hat nie eine Theorie erfahren als der Imperialismus. Die neuen Absatzmärkte sind da. Das englische, das französische, das italienische, das russische, das rumänische Kapital haben einen riesigen Gebietszuwachs zu verzeichnen. Ihre industrielle Kraft ist gewachsen, der Produktionsapparat stark erweitert. Ueberall liegen die Betriebe still, die Arbeitslosigkeit steigt. Für die Bourgeoisie ist diese Entwicklung ein Rätsel. Das europäische Kapital führt sie auf die ungeheure Kriegsverschuldung und die finanzielle Mißwirtschaft zurück und glaubt durch eine vernünftige Finanzpolitik den alten Zustand wiederherstellen zu können. Die amerikanische Krise ist für es nur eine Folge des europäischen Zusammenbruchs. Es kommt daher folgerichtig zu der Ansicht, daß es die Aufgabe des amerikanischen Kapitals sei, Europa beim Wiederaufbau zu unterstützen. Diese Auffassung ist natürlich auch von Zweckmäßigkeitserwägungen getragen, aber sie zeigt zur Genüge, wie mechanisch das Kapital die Wirtschaftskrise auffaßt. So wird der finanzielle Ausgleich als das Wesentliche an einer Wirtschaft aufgefaßt. Das Kapital begreift nicht, daß durch die Beseitigung eines Symptoms, der gerade der Ausdruck des Siechtums der Wirtschaft ist, die Fundamente der Wirtschaft unberührt bleiben. Die Fehlerquelle liegt in dem Verhältnis von Produktion und Konsumtion. Dieses wiederum basiert auf dem Prinzip des kapitalistischen Systems, das anarchisch ist. Es ist nicht auf den Bedarfsfall gewarte und Profit aufgebaut.

Die Auffassung der sozialistischen Krise als Finanzkrise bestimmt auch die Mittel, die das Kapital zu ihrer Behebung anwendet. Die Führung hat das Bankkapital als der feste Turm im Chaos übernommen. Es ist der Beherrscher der Situation, weil es am stärksten flüssig ist und über das gesamte Betriebskapital verfügt. Es legt das Maß der Produktion durch Erteilung der Kredite fest. Der Staat, dessen die dauernde finanzielle Nothlife, hat seine letzten Reserven ausgegeben und ist zum Kostgänger der großen Banken geworden. Die letzte intakte Gruppe bestimmt die Richtung der Wirtschaft. Ihre Sorge ist wieder einen internationalen Weltmarkt zu schaffen, der es ihr ermöglicht, auf dem Weltmarkt wieder mit einheitlichen Preisen zu arbeiten. Das Bankkapital hat es auch so in der Hand, die Kredite zu diktieren und damit die Produktion zu regulieren. Das Industriekapital ist zur vollkommenen Machtlosigkeit verdammt. Es muß sich in den Schutz der Banken stellen. Nur deren Unterschrift schafft ihm die notwendigen Kredite. Keine direkte Kreditstelle und keine Kapitenzuverordnung kann eine so wirksame Kontrolle der Wirtschaft ausüben, wie eben gesagt nicht, um das von ihm angeblich verfolgte Ziel zu erreichen — die deutsche Produktion zu Weltmarktpreisen. Die Banken sind sich sehr wohl darüber klar, daß dieser Zustand zu kümmern. Es hat immer geglaubt, sich auf Kosten des anderen sanieren zu können. Diese Idee war die Frucht der imperialistischen Theorie, daß es nur darauf ankomme, neue Absatzmärkte zu erobern, um die Krise zu beheben. Eine neue Verteilung der Welt war das Ziel der Kämpfer. Jede Nation hoffte, durch Verzichtung der anderen dichter an die Sonne des Profits heranzukommen. Man investierte daher Kapitalien in dem Glauben, sie später doppelt und dreifach wieder hereinholen zu können. Die koloniale Erschließung, d. h. Anebeutung war das Ziel.

Einen schlimmeren Zusammenbruch hat nie eine Theorie erfahren als der Imperialismus. Die neuen Absatzmärkte sind da. Das englische, das französische, das italienische, das russische, das rumänische Kapital haben einen riesigen Gebietszuwachs zu verzeichnen. Ihre industrielle Kraft ist gewachsen, der Produktionsapparat stark erweitert. Ueberall liegen die Betriebe still, die Arbeitslosigkeit steigt. Für die Bourgeoisie ist diese Entwicklung ein Rätsel. Das europäische Kapital führt sie auf die ungeheure Kriegsverschuldung und die finanzielle Mißwirtschaft zurück und glaubt durch eine vernünftige Finanzpolitik den alten Zustand wiederherstellen zu können. Die amerikanische Krise ist für es nur eine Folge des europäischen Zusammenbruchs. Es kommt daher folgerichtig zu der Ansicht, daß es die Aufgabe des amerikanischen Kapitals sei, Europa beim Wiederaufbau zu unterstützen. Diese Auffassung ist natürlich auch von Zweckmäßigkeitserwägungen getragen, aber sie zeigt zur Genüge, wie mechanisch das Kapital die Wirtschaftskrise auffaßt. So wird der finanzielle Ausgleich als das Wesentliche an einer Wirtschaft aufgefaßt. Das Kapital begreift nicht, daß durch die Beseitigung eines Symptoms, der gerade der Ausdruck des Siechtums der Wirtschaft ist, die Fundamente der Wirtschaft unberührt bleiben. Die Fehlerquelle liegt in dem Verhältnis von Produktion und Konsumtion. Dieses wiederum basiert auf dem Prinzip des kapitalistischen Systems, das anarchisch ist. Es ist nicht auf den Bedarfsfall gewarte und Profit